

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: sechs Monate 2.00 RM, monatlich 1.00 RM, wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.00 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich - Ungarn 2.00 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Verlagstag.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf., (zweiflig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 25. Mai 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Krieg und Gesundheitszustand der Schuljugend.

Gelegentlich der Beratung des Antrages der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf reichsgerichtliche Regelung des Mutter- und Säuglingschutzes und der Geburtshilfe hat der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Wumm im Reichstage erklärt, daß noch niemals während eines Krieges der Gesundheitszustand eines Volkes so günstig gewesen sei wie bei uns. Allerdings hat er sich genötigt gesehen, hinzuzufügen, daß im letzten Halbjahre eine Steigerung der Kindersterblichkeit zu verzeichnen gewesen sei.

Diese Bemerkung gibt Anlaß zur Untersuchung der Frage, ob und wie der Krieg den Gesundheitszustand der Schuljugend beeinflusst hat. Nachdem bereits früher ein Charlottenburger Schulanwalt Dr. Kettner seine Erfahrungen dahin zusammengefaßt hat, daß bisher eine direkte Schädigung der Schulkinder nicht angenommen werden kann, wobei es freilich zweifelhaft gelassen wird, ob dieser nicht ungünstig zu nennende Zustand bei längerer Dauer des Krieges anhalten wird, beschäftigt sich jetzt Prof. Dr. Roth in Potsdam mit dem gleichen Probleme, das er mit Recht als eines der wichtigsten sozialhygienischen Probleme der Gegenwart bezeichnet. Die Untersuchungen von Roth, die sich auf viele Tausende von Schülfern des Potsdamer Bezirkes sowohl in den Städten als auf dem Lande erstrecken, beziehen sich in erster Linie darauf, ob die Ernährung der Kinder in der Kriegszeit eine ausreichende ist. Von vornherein rechnet er mit einem gewissen Einfluß der Lebensmittelverhältnisse und der Knappheit mancher Nahrungsmittel auf den Ernährungszustand der Schulkinder; er stellt fest, daß der Genuß von Fleisch, Fett und Milch überall zurückgegangen ist. In dem Rückgang des Fleischgenusses an sich erblickt er keine Verschlechterung der Ernährung, obwohl die Kinder der Gemeindeschulen auch schon vor dem Kriege nicht übermäßige Fleischmengen zu erhalten pflegten. Dagegen ist er der Ansicht, daß die gleichzeitige Beschränkung der Fettzufuhr und der Milch verschärfend auf die Lage wirkt. Was die Butterversorgung betrifft, so geht auf dem Lande und in den kleineren Städten ein großer Teil der Milch in die hier überall vorhandenen Molkereien, die fast sämtlich auf genossenschaftlicher Grundlage errichtet sind, und die den Genossen die Butter zu einem sehr billigen Preise — herunter bis zu 1,20 Pf. für das Pfund — liefern. Von einem Buttermangel ist demnach für diese Kreise nach Roth im allgemeinen nicht die Rede, auch wohl kaum von einem Fleischmangel. Wesentlich ungünstiger liegen die Verhältnisse für die Arbeiter, die Handwerker, kleineren Beamten u. a., die die Nahrungsmittel künstlich erwerben müssen, und für welche Butter, Fett und auch Fleisch stellenweise schwer oder nur zu sehr erhöhten Preisen erhältlich sind.

Als besonders bedenklich für die heranwachsende Jugend erachtet Roth namentlich den Rückgang des Milchgenusses, der fast durchweg ein erheblicher ist und nur dort nicht beobachtet wird, wo entweder die Ziegenzucht in Aufnahme gekommen ist oder die Milch von der Gutscherrschaft als Deputat oder gegen geringes Entgelt geliefert wird. Im einzelnen erwähnt Roth, daß in einer Gemeindeschule eines Vorortes bei 38 Kindern der Milchgenuß während des Krieges um 100 Proz., bei 54 Kindern um 50 Proz., bei 23 Kindern um 25 Proz. zurückgegangen und nur bei 28 Kindern unverändert geblieben ist. In einem anderen Vorort erhielten von 80 Kindern einer Gemeindeschule 129 oder 13 Proz. überhaupt keine Milch mehr, in einer anderen Schule eines Vorortes waren es 283 von 1386 Kindern, das heißt 20,4 Proz., und in einer Gemeindeschule einer kleinen Stadt sogar 55 Proz. Dieser Rückgang des Milchgenusses ist um so bedauerlicher, als auch die Milchabgabe, die vordem in sehr vielen Gemeindeschulen teils unentgeltlich, teils gegen geringes Entgelt an die Schulkinder erfolgte, schon seit längerer Zeit überall eingestellt worden ist. Noch bedenklicher stimmt die Angabe mehrerer Schulleiter, daß eine größere Zahl von Schülfern wegen Brotmangels überhaupt kein Frühstück mehr erhielten oder daß die Frühstücksbrote gegen früher erheblich an Gewicht verloren hätten.

Wenn trotzdem eine erhebliche und ausgebreitete Gewichtsabnahme der Schuljugend nicht festzustellen ist, und wenn ihr körperlicher Zustand noch überwiegend als gut geschilbert wird, wenn namentlich auf dem Lande fast alle Kinder ein ebenso frisches Aussehen zeigten wie vor dem Kriege, so darf man nicht außer acht lassen, daß die gewaltige Knappheit der Nahrungsmittel erst etwa mit Beginn dieses Jahres eingesetzt hat und daß sich die Folgen nicht sogleich bemerkbar machen. Immerhin wird auch jetzt schon bei einem Teil der Kinder über schlechtes Aussehen berichtet, das mit größerer oder geringerer Bestimmtheit auf die Ernährungsweise zurückgeführt wird. Ebenso berichten die Lehrer hier und da über verminderte Leistungsfähigkeit der Kinder, und zwar häufiger bei den Kindern der ländlichen Schulen als bei denen der größeren Städte. Roth zieht daraus den Schluß, daß nicht in erster Linie die Ernährungsweise dafür verantwortlich gemacht werden kann, sondern daß hier die sonstige Lebensführung und namentlich die vielfach anstrengende Beschäftigung im landwirtschaftlichen Betriebe die hauptsächlichste Schuld an der verminderten

geistigen Regsamkeit trägt. Insbesondere werden die Kinder durch die ermüdende Art des Kartoffelausnehmens zeitweise überanstrengt. Hier und dort hat zweifellos auch unter dem Einfluß der veränderten Ernährungsverhältnisse die geistige Spannkraft der Kinder eine Einbuße erlitten. So wird beispielsweise aus einer größeren Stadt berichtet, daß diejenigen Schulkinder, die auf Kosten der Stadt ein Mittagbrot erhielten, gegen früher auffallend frischer und teilnehmender in der Schule waren, so daß daraus auf eine vorangegangene Unterernährung geschlossen werden konnte. Aber dieser Einfluß im ungünstigen Sinne hat sich doch nur vereinzelt bemerkbar gemacht und überwiegend nur in solchen Familien, die auch schon vor Ausbruch des Krieges wirtschaftlich schlecht gestellt waren.

Endlich konnte noch festgestellt werden, daß die Zahl der gewerblich, namentlich hausgewerblich tätigen Kinder in den städtischen und ländlichen Schulen eine Zunahme um 2,2 bis 3 Proz. gegen früher erfahren hatte. Viel bedeutender aber erscheint Roth die Zunahme der gewerblichen Tätigkeit der Frauen unter dem Zwange der Kriegslage, die vermehrte Heranziehung des weiblichen Geschlechtes zu allen Zweigen der Industrie, des Handels und Verkehrs unter teilweiser Aufhebung der Schutzbestimmungen. Soweit es sich dabei um verheiratete Frauen und Mütter handelt, ist dies meistens gleichbedeutend mit einer Vernachlässigung des Haushalts wie der Pflege und Erziehung der Kinder. Hand in Hand damit geht einher eine Zunahme der Kriminalität der Jugendlichen während des Krieges, die zu ernstlichen Bedenken Anlaß gibt.

Roth kommt in seinen, im ersten Heft der „Öffentlichen Gesundheitsregeln“ erschienenen Untersuchungen zu dem Schluß, daß zwar von einer Wohnungsnot bei den Schülfern im Bezirke Potsdam nicht gesprochen werden kann und daß Zeichen von Unterernährung nur ganz vereinzelt festgestellt werden konnten, daß es aber doch notwendig ist, den drohenden Gefahren bei Zeiten und wirksam zu begegnen. Seine Vorschläge deckten sich im allgemeinen mit denen, die von sozialdemokratischer Seite seit Jahrzehnten propagiert werden. Im großen ganzen beweisen seine Ausführungen, wie notwendig und zeitgemäß der Antrag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft ist.

Eine Friedensrede Wilsons.

New York, 21. Mai. (W. L. W.) Durch Junkspruch vom Vertreter des W. L. W. Wilson hat am Sonnabend in Charlotte (Nordcarolina) zur Feier des 141. Jahrestages der Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung zu Reddenburg (Nordcarolina) vor 100 000 Personen eine Rede gehalten, in der er sagte, die Zeit sei für die Vereinigten Staaten gekommen, ihre Dienste zur Herbeiführung des Friedens zwischen den kriegführenden Ländern Europas anzubieten. Auf den Ursprung des Wachstums der Vereinigten Staaten Bezug nehmend, betonte Wilson, daß das Land in Wirklichkeit nicht aus der englischen Siedlung im Süden und aus Neugland emporgewachsen sei, sondern, daß der charakteristische Teil Amerikas seinen Ursprung in den mittleren Staaten New York, Pennsylvania und New Jersey habe, in welchen von Anfang an jene Mischung von verschiedenen Rassen vorhanden war, die das charakteristische Kennzeichen der Vereinigten Staaten bildet. Die Männer, die ursprünglich herkommen, und diejenigen, die seitdem kamen, kommen mit allen möglichen Arten des Blutes, der Ueberlieferungen und der Lebensanschauungen, aber alle mit der gleichen Leidenschaft für die menschliche Freiheit. Amerika, das als Schmelztiegel für diese mannigfaltigen Elemente diene, war immer in der Bildung begriffen, und während wir uns inmitten dieses Prozesses befinden, offensichtlich auf dem Höhepunkt und in der Krise dieses Prozesses, kam die große Umwälzung in Europa durch den Krieg. In diesem spielt sich daselbe ab, was in Amerika vor sich gegangen ist. Es ist ein Widerstreit nationaler Grundanschauungen, nationaler Ueberlieferungen, nationaler Politik und politischer Systeme. Wilson fuhr fort: „Europa hat im Kriege gerungen, wie wir im Frieden, um zu sehen, wie man diese Fragen lösen soll, wenn sie in brennender Verührung mit einander geraten. Was Sie auf der anderen Seite vor sich gehen sehen, ist eine gewaltige Umwandlung, durch die ein Kampf der Mächte nach Gottes Ratsschluß in Gleichberechtigung und Zusammenarbeit der Mächte verwandelt werden kann. Denn es ist ein interessanter Umstand, daß der Gang des Krieges stille steht. Diese Feuerfäden, die miteinander in Verührung stehen, machen keine großen Fortschritte gegeneinander. Wenn Ihr nicht überwältigen könnt, so müht Ihr verabsagen. Hier in Amerika haben wir versucht, ein Beispiel dafür zu geben, wie die ganze Welt auf der Grundlage von Freiheit, Zusammenarbeit und Frieden zusammengebracht werden kann, und mit dieser großen Erfahrung, die wir durchgemacht haben, ist Amerika eine Art von prophetischem Muster für das Menschengeschlecht. Was wollt Ihr tun mit Eurer Macht? Wollt Ihr sie in Gewalt umsetzen oder in Frieden und die Rettung der menschlichen Gesellschaft? Wilson schloß: Ich würde mich gern dem Gedanken hingeben, daß der Geist dieser Stunde seinen Ausdruck fände in unserer

Vorstellung, daß wir das heilige Sinnbild der Ueberlegung und Beratshagung, der Verständigung und des rechtlichen Urteils vor den Nationen der Welt aufrichten und wir sie so an die Stelle der heiligen Schrift erinnern: Nach dem Wind, nach dem Erdbeben, nach dem Feuer kommt die stille, sanfte Stimme der Menschlichkeit.

Zu Wilsons Rede macht die „Deutsche Tages-Ztg.“ diese Bemerkung:

Diese sanfte Stimme hat aus den Mordgeschossen, die Wilsons Taktik unseren Feinden zulommen ließ, nicht gesprochen. Nun möchte Wilson also, nachdem er England nach Kräften im Kriege beigekannt hat, ihm noch einen günstigen Frieden ertönen. Das wird man in England zu schätzen wissen, in Deutschland nicht. Wilsons Behauptung, daß die militärischen Operationen stillstehen, zeigt, daß er nicht übermäßig geeignet als militärischer Kritiker ist; wie man in Deutschland über seine Eignung zum Vermittler denkt, kann nach seinem ganzen Verhalten gegen uns nicht zweifelhaft sein. Im übrigen ist seine Lust zur Friedensvermittlung vor allem als ein Zeichen dafür zu bewerten, wie schlecht es seinen englischen Freunden samt ihren Bundesgenossen gehen muß. Welche Folgerungen wir in Deutschland daraus zu ziehen haben, liegt auf der Hand.

Die „Deutsche Tages-Zeitung“ wird selbst nicht den Anspruch erheben, im Namen Deutschlands zu sprechen. Deshalb verlohnt es sich kaum, zu bemerken, daß sehr starke Schichten des deutschen Volkes über Wilsons Erklärungen wesentlich anders denken, als die „Deutsche Tages-Zeitung“.

Im übrigen sei daran erinnert, daß in der deutschen Antwort-Note an Amerika vom 5. Mai d. J. folgende Sätze enthalten waren:

„Das Bewußtsein der Stärke hat es der Deutschen Regierung erlaubt, zweimal im Laufe der letzten Monate ihre Bereitwilligkeit zu einem Deutschlands Lebensinteressen sichernden Frieden offen und vor aller Welt zu bekunden. Sie hat damit zum Ausdruck gebracht, daß es nicht an ihr liegt, wenn den Völkern Europas der Friede noch länger vorenthalten bleibt.“

Warum Rußland keinen Sonderfrieden schließen kann.

„Corriere d'Italia“ vom 18. Mai gibt eine Unterredung seines Petersburger Vertreters mit einem hervorragenden russischen Staatsmann wieder. Dieser erklärte unter anderem, alle im neutralen Ausland auftauchenden Gerüchte über russische Friedensabsichten seien lediglich auf böswillige deutsche Ausstreuungen zurückzuführen, und ihre Widerwärtigkeit ergebe sich für jeden nüchternen Beurteiler von Rußlands Lage von selbst. Ein Friede mit Deutschland stöße auf unüberwindliche Schwierigkeiten, solange die polnische Frage ungelöst bleibe. Falls aber Polen an Deutschland, so seien die wichtigsten Lebenszentren des russischen Reiches, Kiew, Moskau und Petersburg, ständiger deutscher Bedrohung ausgesetzt; gegen eine solche Gefahr habe Polen bereits seit den Zeiten Katharinas II. als Schutzwehr gebient. Da aber andererseits Deutschland keinesfalls auf die großen Vorteile verzichten werde, die ihm der Besitz Polens einbringe, so sei vor völliger Erschöpfung der deutschen Widerstandskraft eine Einigung über diese Frage ausgeschlossen.

Eher lasse sich an eine Verständigung mit Oesterreich-Ungarn denken — aber ganz abgesehen von der Treue, die Rußland dem Londoner Vertrag schulde, betrachte die russische Regierung die habsburgische Monarchie nicht länger als einen unabhängigen Staat: auch hier also werde jedes Sonderabkommen am Einspruch Deutschlands scheitern.

Rechtlichen Schwierigkeiten werde jeder Verständigungsversuch mit der Türkei begegnen, namentlich wegen der Dardanellenfrage; denn bliebe die Meerengen in türkischer Besitz, so bedeute dies eine deutsche Kontrolle der russischen Getreideausfuhr, Deutschland erhalte dadurch die Schlüssel zum Schwarzem Meer, und Rußland werde seine wirtschaftliche und gleichzeitig seine politische Unabhängigkeit einbüßen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 23. Mai. (W. L. W.) Amlicher Bericht von Dienstag nachmittag. In der Gegend von Verdun ging die Schlacht mit äußerster Heftigkeit die ganze Nacht hindurch auf beiden Ufern der Maas weiter. Auf dem linken Ufer scheiterten zwei wütende deutsche Gegenangriffe gegen alle Stellungen der Höhe 304 vollkommen; besonders westlich der Höhe 304 machten die Deutschen weitgehenden Gebrauch von Flammenwerfern, was ihnen gestattet, in einen französischen Graben einzudringen, aber ein Gegenangriff der Verteidiger zwang sie alsbald, alle eroberten Stellungen zu räumen. Im Osten wurde ein deutscher Angriff trotz der heftigen Artillerievorbereitung durch unser Feuer gedrohen und konnte nicht bis an die französischen Linien gelangen. Auf dem rechten Ufer geht der Kampf im Abschnitt von Thiaumont-Douaumont sehr erbittert weiter. Die Deutschen vervielfältigten im Laufe der Nacht ihre Waffenangriffe und erlitten ungeheure Verluste. Es gelang den Deutschen nur, einen der von ihnen verlorenen Gräben nördlich des Gefäßs Thiaumont wiederzuerobern. Ueberall sonst haben die Franzosen ihre Stellungen behauptet. Im Innern des Forts Douaumont drängten die Franzosen trotz lebhaften Widerstandes die Deutschen weiter zurück, die nur noch die nordwestliche Ecke des Forts halten. Auf den Maasböden gelang ein französischer Handstreich im Bois des Chevaliers vollkommen. Die Nacht verlief auf dem West der Front verhältnismäßig ruhig.

Paris, 24. Mai. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Dienstag abend: In der Gegend von Verdun haben die deutschen Gegenangriffe auf unserer ganzen Front die äußerste Heftigkeit erreicht. Es ist noch nicht möglich, die beträchtliche Menge der Truppen, die daran teilgenommen haben, genau zu bezeichnen. Am linken Ufer warfen die Deutschen nach Beschließung aus großen Kanonen, die den ganzen Morgen gedauert hatte, ihre Angriffsmassen mehrere Male gegen unsere Stellungen östlich und westlich vom „Toten Mann“ vor. Der erste Angriff wurde von unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer niedergeworfen und mit blutigen Verlusten abgewiesen, ohne daß der Feind unsere Linien erreichen konnte. Der zweite, ebenso wütende Angriff, der gegen 7 Uhr abends einsetzte, ermüdete es dem Gegner, in einem westlich gelegenen Graben Fuß zu fassen. Unmittelbar darauf warf unser Gegenangriff den Feind völlig zurück. Auf dem rechten Ufer war das Gebiet von Hautmont-Douaumont während des ganzen Tages der Schauplatz eines mörderischen Kampfes. Die Deutschen verbleibenden ihre Angriffe, die jedesmal von äußerst starker Artillerievorbereitung eingeleitet waren. Trotz aller dieser Anstrengungen blieben die gestern von uns eroberten Stellungen, namentlich im Fort Douaumont, fest in unserer Hand. Wir machten in dieser Gegend mehr als dreihundert Gefangene. An der übrigen Front das gewöhnliche Artilleriefeuer.

Flugdienst: In der Gegend von Furnes wurde ein deutsches Flugzeug durch das Maschinengewehrfeuer eines der unseren abgeschossen und fiel in unsere Linien. Bei Beaumont wurde ein Aviatikflieger im Laufe eines Luftkampfes schwer getroffen und stürzte in die feindlichen Linien. In der Gegend des Linge wurde einer unserer Flieger von drei feindlichen Flugzeugen angegriffen, schoß einen seiner Gegner ab und jagte die beiden anderen in die Flucht.

Belgischer Bericht: Heftiger Artilleriekampf östlich von Ramskapelle. In der Gegend von Dignuiden beschossen die Deutschen unsere Stellungen mit Schützengrabenswerkzeugen. In Erwiderung darauf richteten wir zerstörendes Feuer gegen die feindlichen Schanzarbeiten und Batterien.

Die englische Meldung.

London, 23. Mai. (W. Z. V.) Britischer Kriegsbericht. Heute starke gegenseitige Beschießung beim Rücken von Vimy, wo die Lage unverändert ist. Die feindliche Artillerie zeigte heute ihre größte Tätigkeit zwischen Hooge und der Bahn Ober-Houlers. Auch an anderen Stellen gab es Artillerie- und Minenkämpfe.

An Teilen unserer Front waren gestern feindliche Flugzeuge tätig. Es beteiligten sich dabei vierzehn feindliche Maschinen. Eine von ihnen wurde heruntergeholt und fiel beschädigt in die feindlichen Linien.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 24. Mai. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 23. Mai. Westfront: Südlich von Strowo brachten wir am Abend des 21. eine Mine zum Ausfliegen und besetzten den Trichterrand. Bei Kucheda-Wola (34 Kilometer nordwestlich von Mafalowa) warfen Teile eines unserer Regimenter, unterstützt durch Artillerie, die Deutschen über den Fluß Wiselucha, der in den Pripec mündet. Sie zerstörten die vom Feinde kürzlich angelegten Gräben.

Galizien: Südlich von Buczac an der Strypa beschloß die feindliche Artillerie unsere Stellungen mit Schrapnell, in denen man Glassplitter fand. Auf der übrigen Front ist die Lage unverändert.

Kaukasus: Südwestlich von Trapezunt wurden in der Frühe des 21. Mai wiederholte türkische Angriffsversuche abgeschlagen. Die auf Guemueschane (71 Kilometer südwestlich von Trapezunt) vorgehende Kolonne warf die Türken aus einer besetzten Stellung an einem Hange des nördlichen Taurus.

Perien: Auf Mosul vorgehend, besetzten unsere Truppen Serdest (40 Kilometer westlich von Saki).

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 23. Mai. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Zwischen dem Gardasee und der Etsch werden feindliche Truppenzusammenschüßungen im Abschnitt von Riva und gegenseitige Fliegeraktivität über dem Monte Baldo gemeldet. Von der Etsch bis zur Ahsach (Ahsio) fanden lediglich Schirmhül zwischen Erkundungsabteilungen statt. Zwischen Ahsach und Brenta und im Suganatal schlugen wir am 22. Mai am Tage feindliche Angriffe auf unsere vorgeschobenen Stützpunkte zurück. Western gegen sich unsere Truppen allmählich auf die Hauptwiderstandslinien zurück. Die Bewegung wurde in vollkommener Ordnung und unbedrängt vom Feinde ausgeführt. Im Hochcordevole eroberte eine unserer Abteilungen eine wichtige feindliche Stellung auf dem Siefberge. Sie machte dabei etwa 50 Gefangene, darunter einen Offizier, und erbeutete Waffen und Munition. Auf der übrigen Front war die Artillerietätigkeit heftiger auf dem Hochhut, auf den Höhen nordwestlich von Garg und im Abschnitt von Monsalconc. Feindliche Flieger warfen einige Bomben auf eine Ortschaft in der benachbarten Ebene ab und verwundeten eine kleine Zahl von Personen, ohne sonst Schaden anzurichten.

Der italienische Fortgürtel gegen Oesterreich.

Zu der Durchbrechung des ersten Fortgürtels der italienischen Festungsbesetzungen durch die österreichisch-ungarischen Truppen wird, wie der Korrespondenz „Heer und Politik“ geschrieben wird, eine Darstellung der gesamten Festungswerke von Interesse sein, die gegen die österreichisch-ungarische Grenze errichtet worden sind.

In der Hauptsache interessieren uns augenblicklich die Befestigungswerke, welche sich an der Südgrenze von Tirol befinden, da an dieser augenblicklich der hauptsächlichste Kampf tobt. Die gesamten italienischen Befestigungen an der Grenze bilden sechs Gruppen, von denen die erste von dem Ostufer des Tagliamento bis zum Adriatischen Meere reicht. Auf diesem rechten äußersten Flügel befinden sich in der Hauptsache die Sperrforts von Cividale und Menzano, renovierten Werke bei Palmanova, die recht stark sind, und der Brückenkopf von Latisana. Die zweite Abteilung deckt hauptsächlich die Eisenbahnlinie und die Flugtäler. Hier sind die Werke von Pontebba bis an der italienischen Grenze, ferner von Schinaforte und von Djoppo zu erwähnen. Weiter nach Westen vorgeschoben befinden sich mehrere Festungswerke, welche hauptsächlich die Zugänge zum Diavotale bedecken. Den Mittelpunkt dieser Werke bildet die Festung Biave di Cadore. Daneben kommen noch die Werke von Vigo-Lovengaro und von Agordo in Betracht. Am weitesten nach Norden vorgeschoben, nördlich von Biave di Cadore, sind die Befestigungen von Badola, welche das Tal des Padolafusses, südlich vom Kreuzberg, beschützen. Diese Werke richten sich bereits gegen die Gegend von Tirol. Die nächste Gruppe ist für die augenblicklichen Kämpfe von größter Bedeutung. Wir haben gesehen, daß die französischen Zeitungen die notgedrungene Preisgebung des Col Sanio, den die österreichisch-ungarischen Truppen erobert haben, als ein sehr bedeutendes Moment für die Verbindungen mit der Linie Asiago-Arfero bezeichnet haben. Diese beiden Punkte sind zwei starke Forts, die sich in diesem Abschnitt der italienischen Grenze befinden. Sie liegen beide nördlich und südlich von Alitico in beträchtlicher Höhe, ungefähr in der Richtung von Osten nach Westen zueinander. Weiter unmittelbar nordwärts vom Brenta befinden sich die beiden starken Forts Cismono und

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 24. Mai 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Givendy griffen starke englische Kräfte mehrmals unsere neuen Stellungen an. Nur einzelne Leute drangen ein und fielen im Nahkampf. Im übrigen wurden alle Angriffe unter sehr großen Verlusten für die Engländer abgewiesen, ebenso kleinere Abteilungen bei Gulluch und Vaireville.

Südöstlich von Noubron, nordwestlich von Monlins-Touvent und in Gegend nördlich von Brunay scheiterten schwache französische Angriffsunternehmungen.

Links der Maas wiesen wir durch Infanterie- und Maschinengewehrfeuer einen feindlichen Vorstoß am Südwesthänge des „Toten Mannes“ glatt ab. Thüringische Truppen nahmen das hart an der Maas liegende Dorf Cumieres im Sturm. Bisher sind über 300 Franzosen, darunter 8 Offiziere, gefangen.

Oestlich des Flusses wiederholte der Feind seine wütenden Angriffe in der Douaumont-Gegend. Er erlitt in unserem Feuer die schwersten Verluste. Vorübergehend verlorenen Boden gewannen unsere tapferen Regimenter fast durchweg zurück und machten dabei über 550 Gefangene. Die Kämpfe sind unter beiderseits sehr starkem Artillerieeinsatz im Fortgange.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

In Gegend von Pallarn (östlich von Riga) vertrieben deutsche Truppen die Russen aus einem zwischen den beiderseitigen Linien liegenden Graben. 68 Gefangene fielen in unsere Hand. Von der übrigen Front ist nichts von Bedeutung zu berichten.

Wallan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.



Die Kämpfe um die Höhen 304 und Toter Mann.

Der österreichische Generalstabbericht.

Wien, 24. Mai. (W. Z. V.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz. Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Nördlich des Suganer-Tales nahmen unsere Truppen den Höhenrücken von Salubio bis Burgen (Borgo) in Besitz. Auf dem Grenzrücken südlich des Tales wurde der Feind vom Kempelberge vertrieben.

Weiter südlich hatten die Italiener die Höhen östlich des Val d'Assa und den besetzten Raum von Asiago und Arfero. Das Panzerwerk Campolongo ist in unseren Händen. Unsere Truppen gingen näher an das Val d'Assa-Tal und das Posina-Tal heran.

Seit Beginn des Angriffs wurden 24 400 Italiener, darunter 524 Offiziere, gefangen genommen, 251 Geschütze, 101 Maschinengewehre und 16 Minenwerfer erbeutet.

Im Abschnitt der Hochfläche von Dobersdo waren die Gefechtskämpfe zeitweise recht lebhaft. Bei Monsalconc wurde ein feindlicher Angriff abgewiesen. Ein unserer Fliegergeschwader besetzte die Station Perla-Cornia mit Bomben. Bei der Räumung von Ortschaften anersed Gebietes seitens des Feindes scheint auch die italienische Bevölkerung mitzugehen. Leute, die so ihr Vaterland verlassen, werden ihren Ansehens an den Feind strafrechtlich zu verantworten haben. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Doerfer, Feldmarschalleutnant.

Primolano. Von hier aus ziehen sich in der Richtung nach Südwesten zahlreiche Forts als Verbindungsstadien an der Grenze hin, die eine Sperre bis zur Südspitze von Tirol an der Etsch bilden. Die nächste Gruppe setzt sich aus den Befestigungswerken im Raume von Verona und nördlich davon im Tale der Etsch zusammen. Endlich kommt noch eine feste Gruppe hinzu, welche östlich der Etsch gelegen ist. Wir sehen aus der Gestaltung des Fortgürtels, welchen die Italiener hier gegen ihre ehemaligen Bundesgenossen errichtet haben, daß Italien schon seit langem an die Möglichkeit eines Vorgehens gegen Oesterreich-Ungarn gedacht hat. Erst in den letzten Jahren wurden mehrfach größere Summen von dem italienischen Parlament zum Ausbau des Festungsgürtels bewilligt. Die Festungswerke sind im allgemeinen bei der Anlage durch die Natur des Landes sehr begünstigt, das hier einen ungewöhnlich hohen Gebirgscharakter aufweist und dadurch den Festungen eine beherrschende Stellung ermöglicht. Genauere Einzelheiten sollen und können nicht mitgeteilt werden, da es nicht im Interesse der Sache liegt. Das erfolgreiche Andringen unserer Verbündeten gegen den italienischen Fortgürtel zeigt aber, daß die österreichisch-ungarischen Truppen mit ihrem Willensmut auch die größten Schwierigkeiten zu überwinden wissen. Aus dieser Darstellung konnten wir fernerhin erkennen, daß gerade der Abschnitt, gegen den die österreichisch-ungarischen Truppen ihren Angriff richteten, zu den am stärksten besetzten italienischen Grenzstellen gehört.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 23. Mai. (W. Z. V.) Das Hauptquartier meldet: Nichts Wichtiges auf den verschiedenen Fronten.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 23. Mai. (W. Z. V.) Meuter meldet aus Paris, daß der französische Dreimaster „Adosotis“ aus Bécamp von einem österreichisch-ungarischen U-Boot unterseeboot versenkt worden ist. Die Mannschaft wurde gelandet.

Tarragona, 24. Mai. (W. Z. V.) Einundzwanzig Matrosen des griechischen Dampfers „Istros“, welcher von einem österreichisch-ungarischen U-Boot torpediert worden ist, sind heute vormittag im Hafen von Palma (Mallorca) in einem Boot angekommen. — Unter den Mitgliedern der Besatzung des torpedierten norwegischen Dampfers „Tjomo“ befanden sich drei Spanier.

Internierung der Kamerun-Deutschen.

Berlin, 23. Mai. (W. Z. V.) Aus Madrid sind nachfolgende Listen der in Spanien und Fernando-Po befindlichen Angehörigen der Schutztruppe für Kamerun überliefert worden, wobei indessen ausdrücklich betont sein soll, daß diese Listen auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben können. Sie enthalten die Namen aktiver Offiziere und Sanitätsbeamten sowie eines Teiles der zur Verstärkung der Schutztruppe eingezogenen Angehörigen des Verurlaubtenstandes usw. Teilweise sind diese Kamerun bereits in dem Verzeichnis der auf spanisches Gebiet abgetretenen Beamten des Gouvernements Kamerun enthalten, das in der Nr. 89 des „Deutschen Kolonialblattes“ vom 1. Mai dieses Jahres sowie in der amtlichen Verlustliste (Preussische Verlustliste Nr. 557) veröffentlicht ist. Die Namen der Unteroffiziere und Mannschaften sowie der mit der Schutztruppe nach Spanien überführten, nicht zum Schutztruppenstand eingezogenen Beamten und Zivilpersonen sind bislang noch nicht hierher mitgeteilt. Doch ist zu hoffen, daß auch diese Namen trotz der Unterbindung des Postverkehrs und der Ueberlastung des Telegraphen in nächster Zeit der Öffentlichkeit übergeben werden können.

In welcher Weise und wo die Unterbringung der in Spanien befindlichen Kamerun-Deutschen erfolgt ist, ist noch nicht bekannt geworden. Sobald Mitteilungen hierüber vorliegen, wird die Benachrichtigung der Angehörigen sowie die Veröffentlichung in der Tagespresse erfolgen. Da demnach augenblicklich nähere Angaben von zuständiger Stelle nicht gemacht werden können, wird gebeten, von weiteren Anfragen abzusehen. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß eine Postverbindung mit den Internierten zurzeit nicht besteht.

Kämpfe in Tripolis.

Rom, 24. Mai. (W. Z. V.) (Meldung der Agenzia Stefani.) Da sich seit einigen Tagen die Drohungen der kufständischen gegen die Bevölkerung von Zurara, die den Italienern stets treu geblieben war, verschärften, wurde in Tripolis eine Hilfsexpedition ausgerüstet, die bei ihrer Landung von der Bevölkerung Zuraras mit Begeisterung empfangen wurde. Die kufständischen wurden geschlagen und ließen große Beute und Gefangene zurück.

Lebensmitteldebatte im englischen Unterhaus.

London, 22. Mai. (W. Z. V.) Unterhaus. Lord Robert Cecil sagte: Die Regierungen von England, Frankreich und Italien hätten darüber beraten, ob die Ausfuhr von Wein und Tabak nach Ländern, die an Deutschland grenzen, weiteren Beschränkungen unterworfen werden solle. — Asquith sagte auf eine Frage, eine Mitteilung über die Hinrichtung der Rebellen in Irland werde dem Hause demnächst vorgelegt werden. Sir Gouding fragte, ob Asquith bekannt sei, daß in den Vereinigten Staaten eine wachsende Mißstimmung wegen dieser Hinrichtungen bestehe. Asquith erwiderte, daß er eben aus diesem Grunde die Vorlegung des Berichts beschleunigen ließe. — Asquith sagte auf eine Frage des unabhängigen Rationalisten Healy, daß die Erziehung der Medizinstudenten Dizon und Mac Intyre, die ohne Prozeß erfolgt ist, von einem Kriegsgesicht untersucht werden würde. Healy erwiderte, er und seine Freunde hätten kein Vertrauen zu einem Kriegsgesicht oder zu General Raywell. — Bei der Beratung des Etats des Landwirtschaftsministeriums führte Unterstaatssekretär Keeland aus, wenn günstiges Wetter andauere, so würde die Erzeugung der hauptsächlichsten Lebensmittel nicht vollständig verfallen, das sei aber nur dadurch möglich, daß die Farmer härtere und längere Arbeit leisteten als je zuvor. Die Landwirtschaft beschäftigte vor dem Kriege nur noch eine Million Menschen, die Farmer eingeschlossen. Seit dem Kriege habe sie 250 000 bis 300 000 Leute verloren und dafür einige zehntausend Frauen erhalten, von denen viele ohne jede Erfahrung seien, und ein paar tausend Soldaten, Kinder und Ferienarbeiter. Man sei bereits an einem Punkt angekommen, wo die Gefahr einer ernstlich verminderten Erzeugung bestehe. Dem Ministerium sei mitgeteilt worden, daß man die Feldfrüchte, die mehr Arbeit machen, zugunsten solcher aufgeben, die weniger Arbeit erfordern, so daß die Erzeugung von Lebensmitteln zurückgehen werde. Wenn die Landwirtschaft noch mehr Leute an die Arme abgeben müßte, so könnte man einer Lebensmittelnot nur durch Zufuhr vom Ausland entgegen, aber die Schiffe würden dauernd für den Transport von Munition gebraucht. Die Preise der Lebensmittel seien schon hoch genug. — Lambert sagte, die Farmer seien in gefährlichem Maße von Arbeitern entblößt. Wenn der Krieg noch lange dauere, werde die Ausgabe von Lebensmittelkarten notwendig werden. — Watburst betonte, daß man angesichts der Gefahr von U-Booten und Zeppelin mehr als bisher auf eigene Landwirtschaft angewiesen sei. — Brotherton sagte, die Erzeugung von Lebensmitteln sei um 15 bis 25 Prozent vermindert, darin liege eine große Gefahr angesichts der Notwendigkeit der Einfuhrbeschränkung, der hohen Schiffsfrachten und der U-Boots-Gefahr. Zwar sei eine Hungernot nicht zu befürchten; aber man müsse sehr sparsam mit den Vorräten umgehen. Eine große Schwierigkeit liege auch in dem Mangel an künstlichen Düngemitteln. Keeland bemerkte zum Schluß, daß die Anbaufläche für Weizen in dem letzten Jahre um 20 Prozent vermindert worden sei.

Rotterdam, 23. Mai. (W. Z. V.) „Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Gestern bildeten im Unterhause die zunehmenden Schwierigkeiten der Lebensmittelzufuhr den Gegenstand von Beratungen. Keeland leitete die Fischerfolgendes mit: 270 Fischerfahrzeuge sind verloren gegangen; 500 Menschen sind dabei umgekommen. Infolge der Kriegsgefahren ist die Menge der gefangenen Fische im Verhältnis von 15:8 zurückgegangen. Die Preise sind aber so gestiegen, daß die Fischer trotzdem 8 Millionen Pfund Sterling gegen 9 250 000 Pfund Sterling in Normaljahren abgeworfen hat.

Todesstrafe für Nichtkämpfer?

Die Männer mit Gewissensbedenken gegen die Dienstpflicht in England sind, wenn die Tribunale ihre Einwände nicht als begründet anerkennen, schweren Verbrechen und seelischen Qualen ausgesetzt. Eine Anzahl von ihnen haben sich geweigert, die Uniform zu tragen und Dienst zu tun. Sie wurden eingesperrt, zum Teil in Ketten gelegt und mißhandelt. Aber das Schlimmste steht ihnen noch bevor. Siebzehn von ihnen sind an die Front — nach Frankreich geschickt worden, wo sie offenbar mit Armierungsarbeiten beschäftigt werden sollen. Wahrscheinlich will man ein Exempel statuieren, denn es wäre zweifellos sehr gut möglich gewesen, die Leute mit irgendwelchen Arbeiten in England selbst zu beschäftigen. Hätten sie sich geweigert, so hätten sie vor das Militärgericht gestellt werden müssen, das sie aber nicht hätte zur Todesstrafe verurteilen können. Jetzt, wo die jungen Leute an der Front sind, wird man weniger glimpflich mit ihnen umgehen. Das Kriegsverfahren ist nicht öffentlich, und wie leicht kann aus der Verweigerung einer Arbeit an der Front „Defektion“ oder „Beigebung“ des Feindes konstatiert werden. Auf diese Vergehen sieht aber die Todesstrafe.

Bei der dritten Lesung des Militärstrafgesetzes versuchten die Liberalen Garber und Morrell unter kräftiger Unterstützung des Genossen Snowden eine Klausel in das Gesetz zu bringen, die die Leute mit Gewissensbedenken, wenn sie die Arbeiten verweigern, den Zivilgerichten überantworten und als einzig mögliche Strafe, wenn sie die Übernahme von Arbeiten von nationaler Bedeutung ablehnen, Gefängnisstrafe vorschlägt. Sowohl Herr Walter Long wie Sir G. Cave, der Generalstaatsanwalt, wandten sich gegen den Antrag, der schließlich auch mit 154 gegen 52 Stimmen abgelehnt wurde.

Genosse Snowden stellte sofort nach der Rede von Sir Cave fest, „es erscheint klar, daß diese Männer der Todesstrafe verfallen, wenn sie den Befehlen in Frankreich den Gehorsam verweigern“. Der Generalstaatsanwalt warf ein, daß er das nicht gesagt habe, und daß sie nicht der Todesstrafe unterworfen würden, aber aus der Rede Mr. Longs deutlich ging hervor, daß darüber nur die Kriegsgerichte zu entscheiden hätten, und es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, daß diese nicht allzuviel Verständnis für die Frage der Conscientious Objectors ausbringen werden. Verschiedene liberale Abgeordnete warnten die Regierung eindringlich vor einem scharfen Vorgehen. Man solle diesen „Flecken auf dem Ansehen Englands“ vermeiden. Und auch der „Manchester Guardian“ erklärt, daß Genosse Snowden recht habe, wenn er meinte, daß ein Schuß, der auf einen der Männer mit Gewissensbedenken abgefeuert würde, mehr vernichten würde, als das Leben dieses einen Mannes. Snowden hatte wörtlich gesagt: „Wenn einer dieser Männer erschossen wird, so würde der Knall der Flinten ein Gefühl auslösen, sobald sie leicht eine Wiederholung des belagerten Zustandes der Dinge, wie er im Inland bestanden hat, erleben könnten.“

Aber das alles half nichts. Auch die Achtung und Respektierung der religiösen und moralischen Gefühle wird durch den Krieg vernichtet. Die Unterwerfung unter den Militarismus macht in England immer größere Fortschritte.

Die Pariser Wirtschaftskonferenz.

Bern, 24. Mai. (W. Z. B.) „Corriere della Sera“ meldet aus London, die Pariser Wirtschaftskonferenz sei endgültig für den 6. Juni angelegt. Die italienische Regierung habe eine Verschiebung gewünscht, da die italienischen Minister zu Anfang des nächsten Monats nicht nach Paris reisen könnten. Dem Wunsch sei aber aus verschiedenen Gründen nicht entsprochen worden, auch da der australische Bundes-Premierminister Hughes dann heimreisen wolle.

Die Teuerung in Paris.

Bern, 24. Mai. (W. Z. B.) Die „Matin“ meldet, kam es in Paris zu lärmenden Kundgebungen der Hausfrauen in den Markthallen wegen mangelhafter Fleischpreise, die dazu führten, daß bedeutende Mengen unverkauft blieben, die am anderen Tage von den Fleischschauern als verdorben der Abbederei überwiesen wurden. Ansammlungen von Hausfrauen, die der Fortschaffung zusahen, gaben ihren Unwillen durch entrüstete Protestrufe zu erkennen. Sie forderten dringend Maßnahmen, so wie ein behördliches Eingreifen, um durch angemessene Preisermäßigung ähnliche Vorkommnisse zu vermeiden.

Die französische Arbeiterschaft während des Krieges.

Die „Wasser-Rationalzeitung“ vom 17. Mai veröffentlicht folgenden Eigenbericht aus Paris: Wie anderwärts, so kam auch in Frankreich der Kriegsausbruch dem Arbeiter wie ein Blitz aus hellem Himmel. Am Tage nach der Kriegserklärung sahen sich von fünf Millionen Industrie- und Bergarbeiter zwei Millionen plötzlich jeglichen Verdienstes bar. Die Mobilisation rief nicht nur die Däpfer der französischen Industrie, sondern auch ihre kräftigsten und jüngsten Arbeiter unter die Fahnen. Die unmittelbare Folge davon war, daß mehr als die Hälfte der französischen Fabriken und kaufmännischen Betriebe die Arbeit einstellten, wovon heute freilich über 80 Proz. den Betrieb wieder aufgenommen haben. Von 100 Arbeitern, die im Juli 1914 tätig waren, mußten 24 einrücken, 94 konnten ihren Posten weiter ausfüllen, 42 dagegen wurden weiter ausgespart. In Paris sah man von einem Tag zum andern nicht weniger als 6-800 000 Arbeiter verdienstlos. Glücklicherweise hatte die Krise vorübergehenden Charakter. In den 49 501 Betrieben, die vom Arbeitsinspektorat seit der Mobilisation besucht worden sind, waren in Friedenszeiten 1 690 458 Arbeiter beschäftigt. Diese Zahl sank im August 1914 auf ein Drittel herab, sie stieg dann aber allmählich bis zum Januar 1916 wieder auf 1 290 877, also auf 77 Proz. des früheren Bestandes. Wenn man die 24 Proz. der Einberufenen in Rechnung stellt, so erfahren wir auf Grund statistischer Erhebungen, daß im Monat August 1914 der Effektivbestand um 43 Proz. unter dem normalen stand, im Oktober um 32 Proz., im Januar 1915 um 20 Proz., im April um 14 Proz., im Juli um 8 Proz., im Oktober um 2 Proz., während er heute die normale Ziffer bereits um 1 Proz. übersteigt. Man darf daher ruhig behaupten, daß für den Großteil der französischen Industrie die Arbeitslosigkeit zu existieren aufgehört hat.

Gewisse Branchen, wie das Baugewerbe und die Luxusindustrien, sind freilich weniger gut beschäftigt als vor dem Kriege, dafür aber hat sich in vielen anderen und in besonders wichtigen eine gewaltige Mehrleistung eingestellt. Die Arbeitslosen haben auch in großer Zahl ihr bisheriges Handwerk mit einem anderen vertauscht. Während man in Paris noch in der zweiten Hälfte des Monats Januar 1915 an Unterstützungsgeldern an Arbeitslose 8 784 069 Frank ausrichtete, betragen diese Zuwendungen in der gleichen Epoche im Jahre 1916 nur noch 1 524 000 Frank. In Lyon konnte man ähnliche Feststellungen machen. Im Januar 1915 hatte man die Arbeitslosen mit 282 083 Frank unterstützt, aber in den darauffolgenden zehn Monaten verminderten sich die Zuwendungen um 220 000 Frank, also um 77 Proz. In gewissen Industriezweigen beträgt die Reduktion bis zu 90 Proz.

Andererseits zeigen die Löhne innerhalb der verflochtenen achtzehn Monate eine stets steigende Tendenz. Vielerorts wurden schon im Monat August 1914 die Normallöhne beibehalten. Gegenwärtig aber haben verschiedene Umstände, Erhöhung der Arbeitszeit, Erhöhung des Stundentarifs, Akkordarbeit usw., zu einer beträchtlichen Erhöhung der Löhne geführt, wobei hauptsächlich Spezialisten und kräftige Leute profitieren, die natürlicherweise seltener geworden sind. So haben in vielen Spinnereien und Webereien des Nordens und der Normandie die Löhne eine Erhöhung von 10 bis 20 Proz. erfahren. Die Zuderfabriken der Elbe zahlen 25 Proz., die Zuderereien in Pas-de-Calais 5 bis 10 Proz. mehr an Löhnen. Am besten stellen sich die Galen- und Werkarbeiter, da sich vielerorts ihr Lohn um die Hälfte erhöht hat. Daß die Munitionsfabriken ihre Arbeitskräfte am höchsten bezahlen, darf in diesen Zeiten eines wahrhaftigen Munitionsvordrangs nicht weiter verwundern. Ein geübter, geschickter Arbeiter kann bis zu 20 Franken pro Tag verdienen. Im allgemeinen bewegen sich die Stundenlöhne zwischen 55 und 80 Centimes.

Die Frauen, die sich durch den plötzlichen Stillstand in der Roben-, Wäsche- und Kleiderindustrie großer Not ausgesetzt sahen, haben inzwischen ihr Los ebenfalls wesentlich verbessern können, auch die Heimarbeiterinnen. Philanthropische Gesellschaften haben für sie zahlreiche Arbeitsmöglichkeiten geschaffen. Sehr viele Frauen werden heute in der Kriegsindustrie beschäftigt; so arbeiten in St. Chamond gegenwärtig 2000 Arbeiterinnen, die früher in der Westfabrikation bei zehnständiger Arbeitszeit auf einen Tagelohn von 2,25 Franken kamen, heute nur acht Stunden und erhalten dafür einen Tagelohn von 8 bis 4 Franken. Ende Juli

1915 waren bereits 45 000 Frauen in der Kriegsindustrie beschäftigt; ihre Zahl ist inzwischen auf 120 000 gestiegen.

Angehts dieser Tatsachen braucht es nicht zu verwundern, daß in den französischen Arbeiterfamilien mancherorts ein bescheidener Wohlstand einzuziehen beginnt. Wenn der Gatte unter den Waffen steht, bezieht die Frau an Unterstützungsgeldern für sich 1,20 Franken und für jedes Kind 50 Centimes pro Tag. Da sie außerdem noch mit Naturalien regelrecht unterstützt wird und die Wohltaten des Rotarioriums für Vieztins genießt, so kann eine tüchtige arbeitwillige Frau auch in dieser schweren Kriegszeit mit ihrer Familie ihr Auskommen finden, um so mehr, als zahlreiche wohltätige Institute mit weiteren Geld- und Naturalzuschüssen stets zur Hand sind.

Amerikanische Truppenlandungen auf San Domingo.

London, 22. Mai. (W. Z. B.) „Daily News“ meldet aus Washington vom 21. Mai: Die Regierung erwartet anscheinend weitere Anruhen in Haiti und San Domingo. Denn, obwohl bereits acht Kriegsschiffe vor Port au Prince und San Domingo zweitausend Marinesoldaten gelandet sind, hat das Marineministerium angeordnet, daß jetzt noch tausend Marinesoldaten auf dem Panzerkreuzer „Tennessee“ nach der Insel transportiert werden.

Politische Uebersicht.

Belagerungszustand und Zensur.

Im Reichstage begann gestern die Debatte über Belagerungszustand und Zensur. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte sich Staatssekretär Helfferich dem Hause in seinem neuen Amte als Leiter des Reichsamts des Innern vor. Dann berichtete Genosse Hoch eingehend über eine große Anzahl Petitionen zu sozialpolitischen Fragen. Genosse Häckel nahm zu einer dieser Petitionen das Wort, um sich gegen die Praxis mancher Verwaltungsbehörden zu wenden, durch welche den Heimarbeiter in der Textilindustrie die für alle existenzlosen Textilarbeiter vorgesehene Erwerbslosenunterstützung vorenthalten wird; er forderte dieselbe Unterstützung für die Heimarbeiter in der Musikinstrumentenbranche an der sächsisch-böhmischen Grenze. Bei der später vorgenommenen Abstimmung über die zum Reichsamt des Innern gestellten Anträge wurde der von beiden sozialdemokratischen Fraktionen unterstützte Antrag Albrecht abgelehnt, die Ausnahmen wieder aufzuheben, die während des Krieges von den Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter und für Arbeiterinnen gewährt worden sind; nur die Polen stimmten mit den Sozialdemokraten. Der Antrag Bernstein wegen reichsgesetzlicher Regelung des Mutter- und Säuglingsurlaubes wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mit einem Antrag Wassermann, der Beibehaltung der Reichswochenhilfe fordert, gemäß einem Zentrumsantrag Hitze an eine besondere Kommission überwiesen.

Zum Punkt Belagerungszustand und Zensur erstattete zunächst Abgeordneter Dr. Stresemann einen informativischen Bericht über die Verhandlungen in der Budgetkommission. Als erster Redner aus dem Hause sprach der Zentrumsmann Dr. Pfeiffer, der besonders die staatsrechtliche Seite eingehend behandelte und dabei die Ungereimtheiten nachwies, die aus der von ihm bekämpften Theorie von der Unverantwortlichkeit der Militärbefehlshaber tagtäglich erwachsen. Indem sich der Redner zum Schluß gegen den von beiden sozialdemokratischen Fraktionen unterstützten Antrag Bernstein auf Aufhebung des Belagerungszustandes wandte, brach er seinen vorherigen durchaus zutreffenden Ausführungen selber die Spitze ab. Ganz ähnliches gilt für die Rede des Fortschrittlers Diesching, der sowohl in der Einzelkritik wie in der staatsrechtlichen Beurteilung des Belagerungszustandes sehr treffende Worte der Kritik fand, sich aber gleichfalls nicht zur völligen Aufhebung des Belagerungszustandes verstehen wollte. Genosse Emmel, der zwischen den beiden bürgerlichen Rednern zum Wort kam, brachte vor allem ein großes Maß von Bescheidenheit aus Elsch-Lothringen zur Sprache. Die Handhabung der Zeitungszensur, der Briefzensur, der Schutzhaft, der Rednerverbote, der Versammlungsverbote, kurzum alles, was der Belagerungszustand an Plagen für die Bevölkerung schafft, erfuhr durch den sozialdemokratischen Redner eine Beleuchtung und Kritik, die ein Aufatmen in dem vom Kriege so schwer betroffenen Reichsland auslösen dürfte. Genosse Emmel stellte energisch die verfassungsmäßige Berechtigung des Belagerungszustandes in Abrede und forderte energisch seine Aufhebung.

Morgen um 2 Uhr geht die Debatte weiter.

Kriegskredite und Steuerpolitik.

Die neueste Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse scheint jetzt bisherige Vertreter der „Rechtspolitiker“ innerhalb unserer Partei zu veranlassen, ihre Haltung zur Kriegskreditfrage von neuem zu prüfen. So schreibt die „Magdeburger Volksstimme“, die den Standpunkt der Fraktionsmehrheit vertritt, im Anschluß an einen Bericht über das Steuerkompromiß:

„Danach haben sich also alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten auf dem Boden des Kompromisses zusammengefunden. Sie haben damit für die Zukunft klare Bahnen geschaffen und den Sozialdemokraten ihre Stellung zu weiteren Kriegskrediten vorgezeichnet.“

Die bürgerlichen Parteien hoffen, indem sie sich im Nebenbeschränkung auferlegen, das Arbeitspensum des Reichstages bis zur Pfingstwoche zu erledigen. Die sozialdemokratische Fraktion wird gegen die indirekten und die Verlehrssteuer stimmen.“

Wir meinen, daß eine reifliche Prüfung der gesamten Kriegspolitik, die von der Regierung und allen bürgerlichen Parteien verfolgt wird, das Magdeburger Parteiblatt schon längst zu dieser Stellungnahme hätte veranlassen müssen.

Zum Wiederzusammentritt des preussischen Landtages.

Oben wie der Reichstag wird auch der Preussische Landtag vor Pfingsten vertagt werden. Allerdings hatte der Präsident des Herrenhauses als Termin für die nächste Sitzung den 20. Juni in Aussicht genommen. An diesem Tage sollten die preussischen Steuergesetze beraten werden, das Herrenhaus hoffte dadurch so lange wie möglich einen Druck auf den Reichstag ausüben zu können. Nachdem aber inzwischen die Verhandlungen des Reichstages soweit gediehen sind, daß mit einer Vertagung desselben noch vor Pfingsten gerechnet werden kann und nachdem auch die preussische Staatsregierung den dringenden Wunsch ausgesprochen hat, den Preussischen Landtag zu gleicher Zeit zu verlagern, hat der Präsident des Herrenhauses den Mitgliedern mitgeteilt, daß er, um — unbeschadet der ordnungsmäßigen Erledigung der Vorlagen — wenigstens die Möglichkeit zur Erfüllung des Wunsches der Regierung zu geben, in Abänderung seiner früheren Absicht, die nächste Plenarsitzung bereits auf den 8. Juni festgesetzt hat. Voraus-

sichtlich wird das Herrenhaus auch am 9. Juni tagen, so daß die Vertagung spätestens am 10. Juni erfolgen kann.

Das Abgeordnetenhaus hält an seinem ursprünglichen Plane fest, die nächste Sitzung findet am 30. Mai statt. Auf der Tagesordnung steht die Beratung eines Antrages betreffend die Erörterung der Lebensmittelfragen, die Beratung des Aufschlags zu dem zwischen Preußen einerseits und Bayern, Württemberg und Baden andererseits abgeschlossenen Staatsvertrag zur Regelung der Lotterieverhältnisse vom 29. Juli 1911 und endlich die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Ergänzungsteuer. Eine Erörterung wird sich nur an die Steuervorlagen anknüpfen, den Antrag betreffend die Erörterung der Lebensmittelfragen soll ohne Debatte der verstärkten Haushaltskommission überwiesen werden. Erst an die Verichterstattung der Kommission wird sich die Debatte anschließen. Die verstärkte Haushaltskommission wird außerdem noch die demnächst zu erwartende Denkschrift der Regierung über den Wiederaufbau Ostpreußens beraten.

Die zweite Lesung des Entwurfs eines Schätzungsgesetzes und des Entwurfs zur Förderung der Stadtkassen kann im Plenum des Abgeordnetenhauses vor Pfingsten nicht mehr erfolgen. Die Kommission, der diese Vorlagen überwiesen sind, wird bis Pfingsten knapp mit der zweiten Lesung fertig werden. Im Herbst wird sie eine dritte Lesung vornehmen, und erst dann kommen beide Entwürfe an das Plenum.

Die Vertagung des Landtages wird voraussichtlich bis zum November dauern.

Nischer, nationalliberaler Reichstagskandidat.

Als Reichstagskandidat der nationalliberalen Partei für den Wahlkreis Heidelberg-Eberbach ist der Präsident des Sanjabundes Geheimrat Professor Dr. Nischer aufgestellt worden.

Landtagerversammlung.

In Dabiau-Wehlau stellen die Konserdabilen an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Schrewe den Majoratsbesitzer von Dobbien-Leiszien auf, der zurzeit im Felde steht.

Gegen die „Gemeinwirtschaft“.

Enttäuscht einer Besprechung des Bulgarenbesuches wendet sich die „Rheinische Zeitung“, das bedeutendste nationalliberale Organ im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, gegen die Fortsetzung kriegswirtschaftlicher Maßnahmen ins Friedenszeitalter. Sie knüpft daran an, daß den Bulgaren gezeigt worden ist, daß bei uns einseitig noch alles unter dem Zeichen der Massenorganisation, völliger Unterordnung aller unter das Kriegsziel steht. Sie fährt dann fort: „Das muß so bleiben, so lange der Krieg noch währt“. Aber für die Zukunft ist diese Regelung abzulehnen:

„Wirtschaftliche Kriegsbereitschaft, die auch im Frieden gepflegt werden muß, ist etwas ganz anderes als Beibehaltung der jetzt geschaffenen Einrichtungen zur Abwehr wirtschaftlicher Kriegsnot. Je weiter man indes auf dem bisher betretenen Wege geht, um so stärker wird sich mit Sicherheit beim Friedensschluß die Gegenwirkung regen. Der von allerlei Behörden gezeigte Reichskriegsmagen des Normalbürgers, die Kriegsgewinnler, die Höchstpreise, die Beschlagnahmen, Verstaatlichungen und andere Dinge müssen und werden wieder verschwinden. Die jetzt beifertiggeschobene Verinselbarkeit wird mit erhöhtem Nachdruck ihre Rechte fordern, wird uns dann im Frieden auch wieder wie bisher wirtschaftlich und hoffentlich auch politisch vorwärts bringen. Das ist die Zuversicht, die man dem Frieden entgegenbringen soll. Denn darüber gibt's kaum einen Streit: der ungeheure Reichtum, aus dem wir in zwei Kriegsjahren schöpfen konnten und noch auf lange schöpfen werden, wurde durch die vom Gewinnstreben geleitete Einzelwirtschaft geschaffen. Die kann keine Gemeinschaft erlösen und die wird darum auch künftig die Grundlage unserer Wirtschaft bleiben müssen. Daß darunter das Gesamtinteresse nicht zu leiden braucht, hat die Vergangenheit gelehrt. Es konnte bisher gewahrt werden und wird auch in Zukunft die erforderliche Beachtung finden.“

Diese Ausführungen sind nicht nur für die in den der „Rheinischen Zeitung“ nahestehenden politischen und Wirtschaftskreisen übliche Auffassung des Charakters der „kriegswirtschaftlichen“ Maßnahmen bezeichnend, sondern sie lassen auch mit aller Wünschenswerten Deutlichkeit die Willensrichtung dieser Kreise auf die „vom Gewinnstreben geleitete Einzelwirtschaft“ erkennen.

Eine Verteidigung der deutschen Frau.

Aus Rom wird und geschrieben: Der bekannte Frauenarzt Professor Bossi, der in den letzten Monaten lebhafteste Agitation gegen das Deutschtum treibt, hatte sich betrogen gefühlt, in einem unlängst in Genua gehaltenen Vortrag den deutschen Frauen vorzuwerfen, sie hätten keinerlei Idealismus und kein höheres Pflichtgefühl. Auf diese Schilderung entgegnet der Mailänder „Corriere della Sera“ mit Ausführungen, die in Kriegszeit als ein ehrendes Dokument der Würdigkeit Erwähnung verdienen: „... Nein, wir glauben nicht, daß die deutschen und österreicherischen Frauen in irgendeiner Weise während dieses Krieges bewiesen haben, daß sie weniger wert sind als unsere Frauen. Sie sind Mütter, Gattinnen, Schwestern: sie leben von elementaren Gefühlen, die in jedem Lande, jedem Klima, unter jeder Rasse, die gleiche Güte und den gleichen Opfermut auslösen. Dort wie hier haben sie für den Krieg keinerlei Verantwortung, und dort wie hier ruhen auf ihnen die schwersten seelischen Lasten des Krieges.“

„In den deutschen und österreicherischen Hospitälern ist sicher ebenso viel Erbarmen und schweigerische Zärtlichkeit, wie in unseren Hospitälern, in Mailand oder Paris, in London oder Petersburg. Und sind es nicht dieselben Tränen, die überall gemeint werden, in all den Häusern voll Erinnerungen an die, die nicht mehr heimkehren?“

„Wenden wir all unsere Abneigung und Antipathie den Politikern... zu, die den Krieg vorbereitet und veranlaßt haben, aber lassen wir die Frauen bei der Polemik aus dem Spiel. Legen doch bei dieser allgemeinen Wut des Hasses und der Vernichtung die Frauen als Mütter, Gattinnen, Schwestern, Zeugnis ab für die Fortdauer einer heiligen menschlichen Gemeinschaft, die durch den Schmerz und die Liebe den Weg sucht nach der schönsten und edelsten Utopie.“

Es ist erfreulich, in diesen Zeiten jemand zu finden, der noch an irgend eine Form menschlicher Gemeinschaft über die Grenzen der Nation hinaus glaubt und den Mut hat, diesen Glauben auszusprechen.

Letzte Nachrichten.

Deutsch-englischer Verwundeten-Austausch.

Blissingen, 24. Mai. (W. Z. B.) Der Lazarettzug mit verwundeten englischen Kriegsgefangenen ist hier 1,45 Uhr angekommen. Das Hospitalsschiff „St. Denis“ kam um 8 Uhr 45 Minuten mit 109 verwundeten deutschen Kriegsgefangenen hier an. In Vertretung des kaiserlich-deutschen Gefandten Herrn von Neuhmann begrüßte Militärattaché Oberstleutnant Reimer die deutschen Verwundeten. Sie wurden von Blissinger Transportkolonne des Niederländischen Roten Kreuzes nach dem bereitstehenden Zuge gebracht, der um 8 Uhr 30 Minuten nach Eschen abfährt. Das Hospitalsschiff fährt morgen um 10 Uhr früh nach England zurück.

Gewerkschaftliches.

Die Bergarbeiter beim Reichskanzler.

Eine Aussprache über die Lohn- und Lebensmittelfrage mit dem Reichskanzler oder dessen Stellvertreter ist, wie die „Bergarbeiter-Zeitung“ meldet, von den vier gewerkschaftlichen Bergarbeiterverbänden nachgesucht worden und soll demnächst stattfinden. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ bemerkt dazu: „Wie die Geschäftsberichte der einzelnen Werke beweisen, steigen die Werks- und Lebensmittelpreise, steigen die Lebensmittelpreise. Die Kosten dieser Entwicklung aber müssen die Arbeiter allein tragen, denn ihre Löhne bleiben immer weiter hinter der Steigerung der Werks- und Lebensmittelpreise zurück. Sie müssen sich also, deutsch gesprochen, mit ihren Familien den Schmachtreimen immer enger ziehen, nur um anderen den Geldbeutel zu füllen. Das kann so unter keinen Umständen weitergehen. Entweder müssen die Lebensmittelpreise billiger werden oder entsprechende Lohnsteigerungen eintreten. Beides ist möglich, und darum ist nicht einzusehen, warum es so wie bisher weitergehen soll. Das werden die Vertreter der vier gewerkschaftlichen Bergarbeiterverbände in der nachgesuchten Aussprache auch mit allem Nachdruck geltend machen und Abhilfe in der einen oder anderen Form fordern.“

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsaussschuß für die Metallbetriebe.

Der Schlosser O. ist bei der Firma S. u. F. beschäftigt und hat am 1. April dieses Jahres ausgemerkt. (17 Jahre alt.) O. verdient bei der Arbeit, die seinen Kollegen einen Verdienst von 1,20 bis 1,25 M. pro Stunde ermöglicht, 75 Pf. pro Stunde. O. ist also noch nicht genügend eingearbeitet, und da es nicht Schuld der Firma ist, wenn in diesem Fall so wenig verdient wird, kann der Kriegsaussschuß sich dem Verlangen des Schlossers nicht anschließen und lehnt die Erteilung des Kriegsscheins ab.

Bei der Firma A. G. ist der Arbeiter R. beschäftigt. R. will aufhören, weil ihm die Arbeit zu schwer ist. R. ist 16 Jahre alt und hat pro Stunde 83 Pf. Lohn. Da die Beschwerde R. augenscheinlich berechtigt ist, wird seinem Anspruch entsprechend der Kriegsschein erteilt.

Der Dreher Sch. bei der Firma St. will sich verändern, weil er glaubt, beim Affordarbeiten gegen seine Kollegen zurückgesetzt zu werden. Die Firma erklärt, daß sie gar nicht daran denkt, den Dreher Sch. irgendwie zurückzusetzen, derselbe vielmehr unter den gleichen Bedingungen arbeite, wie die übrigen Dreher auch. Bestimmte einzelne Angaben kann Sch. nicht machen, und ist es deshalb nicht möglich, die Berechtigung der Beschwerden, die Sch. vorbringt, anzuerkennen. Wenn Sch. den Nachweis bringt, daß er gegenüber den anderen Dreheren zurückgesetzt wird, würde seine Beschwerde nochmals zu prüfen sein. Zunächst wird die Erteilung eines Kriegsscheins abgelehnt.

Der Dreher A. ist in einem Spandauer Staatsbetrieb beschäftigt und will aufhören, weil er die Nacharbeit nicht verrichten kann. Ein dementsprechendes ärztliches Attest ist eingereicht. Daraufhin erklärt sich der Vertreter des Betriebes bereit, dem Dreher den Kriegsschein auszustellen.

Der Dreher H. von der Firma D. möchte aufhören, weil ihm die Arbeit zu schwer ist. Auch eine Reihe anderer Umstände werden vorgebracht, die H. veranlassen haben, seine Entlassung zu fordern. Es wird eine Verständigung dahin erzielt, daß der Dreher H. innerhalb 14 Tagen andere Arbeit bekommt, womit sich der Dreher dann auch zufrieden gibt.

Der Dreher H. von der Firma St. will aufhören, weil sein Arbeitsplatz im Keller liegt und der Verdienst ihm nicht genügt. Es wird eine Verständigung dahin erzielt, daß H. 10 Pf. Zulage erhält und nicht mehr im Keller zu arbeiten braucht. Damit ist die Sache erledigt.

Der Hobler F. bei der Firma R. A. G. will aufhören, weil er als Hobler vom Meister veranlaßt werden sollte, Bohrerarbeiten zu machen, und als er sich weigerte, mit 50 Pf. bestraft ist. Es wird eine Verständigung dahin erzielt, daß F. lediglich als Hobler und nicht als Bohrer zu arbeiten braucht. Damit ist die Sache erledigt.

Von der Firma B. erschienen die Maschinenarbeiter R. und J. und verlangen den Kriegsschein. J. ist vom Meister beleidigt und R. hat zu wenig verdient. Wegen des Verdienstes wird eine Verständigung erzielt, wonach R. Anspruch als berechtigt erklärt wird und dementsprechend eine Regelung erfolgt. Die Beleidigung, die J. seitens des Meisters erfahren hat, wird vom Kriegsaussschuß als ungehörig erklärt und dem Vertreter der Firma aufgegeben, dies dem Meister zu sagen. Im übrigen erklärten sich sodann R. und J. bereit, bei der Firma weiterzuarbeiten.

Bei der Firma J. A. will der Dreher D. aufhören, weil er meint, daß ein Affordabzug, der durch Aenderung der Operationen seitens der Firma gemacht wurde, unberechtigt ist. Nach Aussprache wird eine Verständigung dahin erzielt, daß die Differenz im Betrieb durch Verhandlungen erledigt werden soll. Damit war ein Beschluß über die Erteilung eines Kriegsscheins unnötig.

Zeuerungszuschläge im Stuftateurberuf.

Eine Mitgliederversammlung der Sektion der Stuftateure des Bauarbeiterverbandes beschäftigte sich mit dem Resultat der Verhandlungen in der Schlichtungskommission wegen Gewährung einer Zeuerungszulage.

Den Antrag der Arbeiter, eine Zulage auf die vor dem Kriege tatsächlich gezahlten Löhne der Bau- und Werkstattstufateure zu legen, der lediglich einen einigermaßen gerechtfertigten Ausgleich schaffen würde, lehnten die Unternehmer mit der Begründung ab, daß diese individuell zwischen dem einzelnen Arbeiter und seinem Arbeitgeber vereinbarten Löhne im Tarifvertrag keine Stütze fänden. Es könne sich darum nur um Zulagen zu den im Tarifverträge aufgeführten Mindestlöhnen handeln.

Nach langen Verhandlungen erklärten sich schließlich die Arbeitgeber zur Zahlung von Kriegsteuerzuschlägen in der gleichen Höhe bereit, wie sie im übrigen Berliner Baugewerbe vereinbart worden sind, zahlbar am 20. Mai 1918, rückwirkend für die letzte Woche. Der Mindestlohn der Baustufateure betrage danach 97 Pf. und 11 Pf. Kriegsteuerzuschlag gleich 108 Pf., der der Gleizer 80 Pf. und 11 Pf. gleich 91 Pf., und der der Formner, Zieher und Modellarbeiter 88 Pf. und 11 Pf. gleich 99 Pf. Vom 6. August 1918 soll der Zuschlag dann ebenfalls auf 14 Pf. in allen Positionen steigen.

Im übrigen sollte es den Arbeitern nach wie vor unbenommen bleiben, höhere Löhne mit ihren Arbeitgebern zu vereinbaren, wenn sie ihre Arbeitskraft höher bewerten.

In der Diskussion wurde von allen Rednern darauf hingewiesen, daß diese Jugendstufen den Arbeitgebern sicher nicht schwer gefallen sein können, da sie ihnen absolut nichts kosten. Zu den im Vertrage angeführten Mindestlöhnen habe gleich nach Abschluß des Vertrages kein Stuftateur gearbeitet; noch weniger sei dies jetzt während der außerordentlichen Zeuerung der Fall. Das ganze Verhalten der Arbeitgeber wirke direkt als Ironie, da diese schon seit Beginn des Krieges höhere Preise für die von ihnen übernommenen Arbeiten bekommen.

Bei ganz schwacher Beteiligung wurde der Vereinbarung in der Abstimmung dann doch zugestimmt, da das bestehende Vertragsverhältnis und die außerordentlichen Verhältnisse zu berücksichtigen seien.

Deutsches Reich.

Arbeitslosen- und Textilarbeiterunterstützung in Kassel.

Nach monatelangen Anstrengungen des Gewerkschaftskartells und der Zahlstelle des Deutschen Textilarbeiterverbandes wurde auch in Kassel die Unterstützungsfrage für Arbeiter der Webwarenindustrie geregelt. Alle in den Kasseler Webwarenbetrieben oder deren Zweiggewerbetrieben Arbeitenden erhalten für jede ausfallende Lohnstunde: verheiratete Arbeiter 30 Pf., verheiratete Arbeiterinnen 25 Pf., unverheiratete Arbeiter über 21 Jahren 25 Pf., unverheiratete Arbeiterinnen über 21 Jahren 20 Pf., Arbeitskräfte von 16—21 Jahren 15 Pf. und solche unter 16 Jahren 10 Pf. Lohnvergütung.

Die Arbeitswoche wird zu 58 Stunden angenommen. Die Arbeiter sind verpflichtet — bei Strafe der Nichtzahlung von Unterstützung — event. auch Ueberstunden zu machen. Ein Rechtsanspruch besteht auf die Beihilfe nicht. Die Lohnzuschüsse werden von den Unternehmern auf Rechnung der Stadt ausbezahlt. Arbeitern, die in den Zweiggewerbetrieben beschäftigt sind, wird die Unterstützung nur dann gezahlt, wenn der Erwerb der vom Reich und Staat zugesicherten Anteile zu erlangen ist. — Auch die Sätze der Arbeitslosenversicherung wurden bei dieser Gelegenheit erhöht und zwar für Ledige von 70 Pf. auf 1 M., für Verheiratete von 1 M. auf 1,40 M., für jedes Kind bis zu vier Kindern von 15 Pf. auf 20 Pf. pro Kind und Tag. Wer aber Arbeitslosenunterstützung erhalten will, muß seit dem 1. August 1918 in Kassel wohnen.

Aus Industrie und Handel.

Die Vereinigten Staaten als Geldgeber.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ vom 14. Mai berichtet: Fortwährend finden große Abhebungen von Kapital aus den New Yorker Banken statt. Die Reserven verminderten sich seit Jahresbeginn von 143 1/2 Millionen auf 93 Millionen Dollar. Es ist bekannt, daß die Vereinigten Staaten den größten Teil ihrer Papiere aus Europa zurückgekauft haben und es besteht kaum Aussicht, daß sie in den nächsten Jahren wieder nach Europa abfließen werden.

Die Südamerikanischen Republiken wenden sich jetzt nach New York mit ihrem Geldbedarf; so erhielt Argentinien durch New Yorker Banken bereits 79 Millionen Dollar Vorschüsse, Peru wird in den nächsten Monaten eine Anleihe von 20 Millionen Dollar abschließen. Brasilien erhielt unbekannte Beträge und Kanada, das bereits 75 Millionen Dollar lieh, wird demnächst von neuem in den Vereinigten Staaten anknüpfen. Das ist kein ungünstiges Zeichen, denn durch diese finanziellen Verbindungen wird Amerikas Einflußsphäre auf Kosten Europas ausgedehnt. Jetzt sind auch die Hindernisse, die bisher gegen Errichtung von Filialen im Auslande durch Nationalbanken bestanden, beseitigt. Amerika wird das auf so leichte Weise aus Europa erhaltene Geld verwenden, um auf Kosten seiner Handelsfreunde diese selbst zu bekämpfen.

Systematisch geschieht das jetzt nach Errichtung der „American International Corporation“ unter Führung der „National City Bank“. Europa kann nichts dagegen tun, und kann nur mit heulen Augen zusehen, wie ihm der mühsam in Südamerika aufgebaute Einfluß entzogen wird.

Geld für die Fortsetzung des Krieges in Amerika zu bekommen, wird immer schwieriger.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Im westlichen Küstengebiet trocken und ziemlich heiter; in den übrigen Gegenden zunächst zeitweise aufklarend, später im Westen beginnende neue Trübung mit Regenschauern. Temperatur wenig verändert.

A. WERTHEIM

Kleiderröcke

- Rock aus grau oder mode gemusterten Stoffen, mit Gürtel und Knöpfen garniert 8 M.
- Weißer Rock aus Kräuselstoff mit Knöpfen garniert 9.75
- Glockenrock aus weißem Kräuselstoff mit aufgesetzten Taschen 11.75
- Glockenrock aus Wasch-Cabardine, weiß und mode, mit Taschen, vornehme Form 17.75
- Glockenrock aus hellfarbig kariert. Stoff m. Taschen 19 M.
- Glockenrock aus grau gemustertem Stoff mit Taschen 22 M.

Damen-Handschuhe

- Zwirn farbig und weiß, mit 2 Druckknöpfen 48 Pf.
- Leinen-Ersatz farbig, weiß und schwarz m. zwei Druckknöpfen 65 Pf.
- Schweden-Ersatz farbig, mit 2 Druckkn. Netz-Oewebe, farbig und weiß, mit 2 Druckknöpfen 55 Pf.
- Leinen-Ersatz farbig und weiß mit 2 Perlmutterkn. 1.10
- Seide farbig, weiß und schwarz, mit 2 Druckknöpfen 1.10
- Seide Netzgewebe, farbig, weiß und schwarz, mit 2 Druckknöpfen 1.15
- Seide mit verstärkten Fingerspitzen, 2 Druckknöpfen, weiß 1.25
- Waschleder-Ersatz hellgelb mit schwarzer Aufsicht u. 2 Druckknöpfen 1.75
- Seide weiß und hellfarbig, mit schwarzer Aufsicht, 3 Perlmutter-Druckknöpfen 2.90

Morgenröcke

- Morgenjacke Krepon mit bunt. oder einfarbigem Besatz 2.95
- Morgenjacke aus baumwollenem Musselin, mit Kragea 4.50
- Morgenjacke gebülm. Waschstoff, i. Taillenschluß gezoq., Stuartkrag. 5.50
- Morgenrock baumwoll. Musselin, Krage-u. Aermelaufschl. m. Bord. bes. 6.90
- Morgenrock aus Waschstoff mit Stückereffkragen 11 M.
- Morgenrock gebülm. Krepon mit einfarbigem Besatz 14.75
- Morgenrock gepunkt. Volle mit reicher Garnitur 18.50

- Halbleinen-Unterrock mit gebranntem Ansatz u. Spitzen-garnierung 3.75
- Lüster-Unterrock mit angekraustem Ansatz und Säumchen-Garnierung 5 M.

Besonders preiswert! Braune Damen-Schnürschuhe Chevreau, gute Qualität, schlanke Form, mit Louis XV.-Absätzen 11.50

Fische

- Grüne Heringe Pfd. 80 Pf.
- Schellfische Pfd. 95 Pf.
- Kablau l. ganz. Fisch o. Kopf Pfd. 1.15
- Rotzungen Pfd. 1.20
- Fr. Ostsee-Lachs l. ganz. Fisch. Pfd. 2.75
- ausgewogen Pfd. 3.26
- Lutefische l. ganz. Sekt. 5-3 Pfd. 50 Pf.
- Horn-Aale Stck von 1.30 an
- Heilbutten in ganz. Fischen Pfd. 1.25
- ausgewogen Pfd. 1.70
- Klippfische Pfd. 95 Pf.
- Zander Pfd. 2.40
- Lebende Aale

Lebensmittel

Gemüse und Südfrüchte

- Spinat 2 Pfund 25 Pf.
- Salat Kopf 4, 6 u. 8 Pf.
- Radieschen 4 Bund 10 Pf.
- Rettich-Radieschen 3 Bund 10 Pf.
- Frische Gurken Stck. 10, 25, 40, 55 Pf.
- Blumenkohl Kopf 15, 25, 45 Pf.
- Mohrrüben Jange .. Bund 25, 45 Pf.
- Rote Rüben Pfund 8 Pf.
- Apfelsinen .. Dtz. 1 M. 1.30 1.60
- Zitronen ... Dtz. 35 50 60 Pf.
- Feigen Pfund 90 Pf. 1.10

- Kunsthonig Pfund 58 Pf.
- Pflaumenmus Pfund 90 Pf.

Marmelade

- Orangen-Marmelade ... Pfd 90 Pf.
- Aprikosen-Marmelade . Pfd 95 Pf.
- Erdbeer-Marmelade ... Pfd. 95 Pf.
- Himbeer-Marmelade ... Pfd. 95 Pf.
- Feigen-Marmelade ... Pfd. 95 Pf.
- Johannisbeer-Marmelade Pfd. 95 Pf.

Frischer Spargel Bananen

Pfund 40, 60, 70 Pf.

Pfund 1.10

Zensurfragen vor dem Reichstage.

58. Sitzung. Mittwoch, den 24. Mai 1916, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Helfferich.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort

Staatssekretär im Reichsamt des Innern Dr. Helfferich:

Das hohe Haus hat vor einigen Tagen der Veranschaulichung und Anerkennung des Reichstages für meinen Amtsvorgänger Ausdruck gegeben. Der scheidende Staatssekretär hat mich beauftragt, Ihnen dafür den herzlichsten und aufrichtigsten Dank auszusprechen. Ich brauche nicht hinzuzufügen, wie hoch die Verbündeten Regierungen und ich selbst die Verdienste des Staatssekretärs v. Delbrück einschätzen. Erst die Geschichte wird zu seiner gerechten und vollen Würdigung kommen und im Lichte der Geschichte wird der Name Clemens v. Delbrück hell erstrahlen unter den ersten Namen dieser großen Zeit. (Lebhafte Beifall.) Für mich war es ein schwerer Entschluß, die Fortführung seiner Arbeit zu übernehmen. Der Abschied von meinem bisherigen Amt ist mir erleichtert durch das Bewußtsein, daß die Reichsfinanzverwaltung in gute und starke Hände übergeht, und daß unsere finanzielle Kriegsführung sich in gesicherten Bahnen bewegt. Rund 90 Proz. unserer bisherigen Kriegsausgaben sind durch langfristige Anleihen konsolidiert, während in England mehr als die Hälfte, in Frankreich sogar drei Viertel der Kriegsausgaben ungeachtet auf kurzfristigen Krediten beruhen. (Hört! hört!) Wenn Sie in den nächsten Tagen die Steuerentwürfe zum Abschluß bringen, so fügen Sie damit wiederum einen festen Block in das Fundament unserer Kriegsführung ein und erleichtern meinem Nachfolger die Arbeit ganz wesentlich. Trotzdem wird es mir hart, mich von dem lieb gewordenen Wirkungskreise zu trennen. Noch schwerer wird mir die Entschluß angefallen, die erdrückenden Fülle und Wucht der Aufgaben, die mich in dem neuen Amt erwarten. Ich darf nur dann hoffen, meiner neuen Aufgabe einigermaßen gerecht zu werden, wenn Sie mir Ihre Mitarbeit und Ihr Vertrauen in demselben weitestgehenden Maße gewähren wie in meinem alten Amt. In einträchtigen Zusammenwirken wird es uns mit Gottes Hilfe gelingen, den Krieg durchzuhalten, den Frieden wirtschaftlich vorzubereiten und durchzuführen, und im Frieden ein gesichertes Feld für die Wiederaufnahme der segensreichen Arbeit zu finden, die uns groß gemacht hat und die unser Volk auch in Zukunft aufwärtsführen wird. (Lebhafte Beifall.) Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Abg. Hoch (Soz.)

Berichtet über die zum Reichsamt des Innern vorliegenden Petitionen.

Abg. Jäckel (Soz.):

Die für die Textilarbeiter vorgesehene Erwerbslosenunterstützung müßte auch den Heimarbeitern gewährt werden. Es ist das eigentlich selbstverständlich, aber wird doch von den unteren Instanzen nicht überall zur Durchführung gebracht. Im übrigen sind die vorgesehene Unterstützungssätze viel zu niedrig, um den in Not geratenen Arbeiterfamilien eine wirkliche Existenzmöglichkeit unter den heutigen Teuerungszuständen zu bieten. Nach einer statistischen Aufnahme, die der deutsche Textilarbeiterverband gemacht hat über Haushaltungsbudget von Textilarbeitern habe ich festgestellt, daß eine ganze Anzahl von Familien mit erwachsenen Kindern 4-5 M. Defizit pro Woche machten. Danach kann man sich denken, in wie große Not erst Familien mit mehreren kleinen Kindern kommen müssen. Besonders leiden auch die Heimarbeiter in der Musikinstrumentenbranche an der sächsisch-böhmischen Grenze. Die sächsische Regierung hat schon vor Monaten verfügt, daß aus Bezugsmitteln Unterstützung gewährt wird. Aber bis zum heutigen Tage ist das noch nicht durchgeführt. Angesichts dieser Verhältnisse ist eine Erhöhung der Unterstützung dringend notwendig. Gerade die Textilarbeiter werden aus diesem Krieg viel ärmer herausgehen, als sie hineingegangen sind, während die Großindustriellen in der Textilindustrie durch den Krieg viel reicher geworden sind. Vor allem bitte ich die Regierung dafür zu sorgen, daß der Unterstützungssatz nicht von den unteren Instanzen planmäßiger Widerstand entgegengesetzt wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoch (Berichterstatter):

Die Unterstützung wird durch Vermittlung der Gemeinden gewährt, es ist aber ausdrücklich festgelegt, daß die Heimarbeiter genau in derselben Weise unterstützt werden sollen, wie die Fabrikarbeiter.

Es folgt die

Erörterung der Zensurfragen.

Hierzu beantragt die Kommission in einer Reihe von Resolutionen, daß das Verbot einer Zeitung nur mit Zustimmung des Reichskanzlers erfolgen darf; daß die auch während des Krieges unentbehrlichen Sicherheiten hinsichtlich der Eingriffe der Militärverwaltung in das bürgerliche Leben durch einen Gesetzentwurf geschaffen werden; daß das Vereins- und Versammlungsrecht und die Pressefreiheit nur soweit eingeschränkt werden, als es im Interesse siegreicher Kriegsführung unbedingt geboten ist und daß eine gleichmäßige Handhabung der Zensur sichergestellt wird, daß ferner die Verbannung der Schuchhaft auf das aus militärischen Gründen absolut gebotene Maß beschränkt wird und daß bei Verbannung der Schuchhaft dem Verhafteten mindestens der Rechtschutz des Untersuchungsgewähren gewährt wird. Ferner beantragt die Kommission, die Petition, die sich gegen den durch Reichskanzler des bekannten U-Boot-Petition des Professor Schäfer vollzogenen Eingriff in das Petitionsrecht wendet, dem Reichskanzler zur Veranschaulichung zu überweisen.

Abg. Bernstein und Genossen (Soz. Arb.) beantragen, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wiederhergestellt wird.

Abg. Blasch und Genossen (Sp.) beantragen, den Reichskanzler um die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, durch den die Handhabung der Zensur in nicht militärischen Angelegenheiten sowie die Aufsicht über das Vereins- und Versammlungsrecht während der Dauer des Belagerungszustandes den Zivilbehörden übertragen wird.

Abg. Dr. Pfeifer (S.):

Das positive Ergebnis der bisherigen Verhandlungen über die Handhabung der Zensur muß mit Null bezeichnet werden. Die Fragen und Beschwerden sind durchaus die gleichen geblieben. — Auch in Bayern wird der Belagerungszustand genau so gehandhabt, wie im übrigen Reich, trotzdem in Bayern ausdrücklich vorgegeben war, daß Bestimmungen der bayerischen Verfassung durch den Belagerungszustand nicht außer Kraft gesetzt werden dürften. Mit dem Entschluß, eine Maßregel sei notwendig, im Interesse der öffentlichen Sicherheit, wird das gesamte politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben unter die Herrschaft des Militärs gestellt. Die Zensurmaßnahmen wirken teils förmlich, teils schädlich und zu weitgehend. Soll doch in einem Falle einem Redakteur zur Strafe die Zusatzkarte entzogen sein. (Weiter.) Durch die Zensurverbote sind zum Teil Verlage völlig ruiniert worden. (Sehr richtig!) Das Verbot, die Erörterung der wirtschaftlichen Maßnahmen freizugeben, ist auch nicht eingehalten worden. Wäre hier die Zensur freier gehandhabt worden, so wären zweifellos manche Mängel auf wirtschaftlichem Gebiet heute nicht zu verzeichnen. (Sehr wahr!) Auf der anderen

Seite ist die Zensur wieder zu lag gegenüber geschmacklosen und rohen Kinovorstellungen und dergleichen. Auch die schwersten Angriffe gegen den Katholizismus werden heute unter dem Burgfrieden von der Zensur zugelassen. (Hört! hört! im Zentrum und rechts.) Gegenüber der heutigen Handhabung der Schuchhaft müssen reichsweitige Rechtsgarantien geschaffen werden. — Bei der heutigen Auffassung der Zensur wird die Stellung des Reichskanzlers auf ein sehr niedriges Niveau herabgedrückt. Er ist heute abhängig von der Gnade der einzelnen Armeekorpskommandeure. Das ist des deutschen Reichskanzlers unwürdig. (Lebhafte Zustimmung.) Der Reichskanzler steht als Schild vor dem Monarchen, und es ist auch in diesen Kriegzeiten sehr gefährlich, dem Monarchen dieses Schildes zu berauben vor allem im Hinblick auf das Ausland, auch das neutrale. Die Unterdrückung der bekannten Petition in der U-Bootfrage bedeute einen Eingriff in die Rechte der Parlamente. Ein solches Vorgehen ist eines freien Volkes unwürdig. (Sehr richtig!) Man erreicht auf diese Weise nur, daß die unterdrückte Ansicht umso eifriger in geheimen Konditionen propagiert wird und daß das freudige Durchhalten im deutschen Volke erschüttert wird. (Sehr richtig!)

Dem Antrag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf Aufhebung des Belagerungszustandes können wir nicht zustimmen, weil er ein Schlag ins Wasser ist. (Abg. Haase: Aber er entspricht der Verfassung!) Das Gesetz von 1851 gilt als Reichsgesetz und der Belagerungszustand könnte danach jeden Augenblick wieder eingeführt werden. Die Antragsteller wollen doch auch jedenfalls selbst nicht die rein militärische Zensur ebenfalls aufheben. (Zuruf bei der Soz. Arb.) Das wäre sehr gefährlich. Eine Nachfrist in der Presse über militärische Dinge könnte das Schicksal von Hunderten von Soldaten gefährden. (Sehr wahr!) Verlangen aber müssen wir die völlige Befreiung der politischen Zensur, die auf die Dauer unerträglich wird. Mögen diese Verhandlungen dazu führen, der Freiheit und Wahrheit eine Gasse zu bahnen. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Gummel (Soz.):

Neben dem Verlangen in der Ernährungsfrage ist die Handhabung des Belagerungszustandes wohl dasjenige, was die meiste Unzufriedenheit ausgelöst hat. Die Zensur besteht nicht einmal verfassungsmäßig einwandfrei, noch weniger die Art ihrer Handhabung. Ganz besonders schlimm sind wir in Elsaß-Lothringen daran, wir befinden uns in unmittelbarer Nähe des Operationsgebietes und überdies wird die reichsweite Bevölkerung von den militärischen Stellen fast ausnahmslos zu den unsicheren Rationisten gerechnet, ja zu Reichsfeinden gestempelt und danach behandelt. Der Landtag konnte nur zusammenreten, wenn die Parteien sich verpflichteten, militärische und politische Angelegenheiten nicht zu besprechen. Die Bezirkstage sind zwar auf Grund einer kaiserlichen Verordnung einberufen worden, aber den Abgeordneten wurde vom Bezirkspräsidenten mitgeteilt, der kommandierende General habe ihm befohlen, den Bezirkstag aufzulösen, wenn irgend welche politische oder militärischen Angelegenheiten zur Besprechung gelangen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der kommandierende General setzt sich also über die kaiserliche Einberufungsorder hinweg und greift in die Befugnisse des Kaisers ein. Wo eine Geheimhaltung im militärischen Interesse nötig ist, würde sich in den Reichslanden genau so leicht eine Verhängung mit der Regierung erzielen lassen, wie es hier im Reichstag der Fall ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine politische Kundgebung der Bezirkstage, die sich gegen die in Frankreich aufgetauchte Auffassung wendet, daß die Angliederung von Elsaß-Lothringen an Frankreich das Kriegziel sei, ist übrigens nicht untersagt worden.

Die militärische Schuchhaft wird im Reichslande ganz besonders schmerzhaft empfunden, weil die Zahl der davon Betroffenen erheblich ist als im übrigen Reich. Sehr häufig wissen die Betroffenen gar nicht den Grund der Maßnahme und haben kein Mittel, sich dagegen zu verteidigen. Mit solchen Maßnahmen germanisiert man im Reichslande nicht. (Sehr richtig! bei den Soz.) In der Kommission hat die Regierung eine Nachprüfung zugesagt. Ich bitte um eine Wiederholung dieser Erklärung im Plenum, sie würde sicher beruhigend auf die Familien der Betroffenen wirken. Erheblich leiden wir auch unter den Postschwierigkeiten. Die Spionagegefahr ist im Grenzlande ja größer wie im inneren Deutschland. Aber über das unumgänglich Notwendige sollte man auf diesem Gebiete nicht gehen. Die Verkehrsbehinderungen greifen so stark in das wirtschaftliche Leben ein, daß eine Milderung dringend notwendig ist. Gewisse Personen können übrigens die Postschwierigkeiten sehr leicht überwinden, so daß sogar eine Verfügung des Oberkommandos den Offizieren verbietet, Frauenpersonen in das Operationsgebiet mitzunehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Ganz außerordentlich leidet Elsaß-Lothringen auch unter der Brief- und Telegrammzensur, das Briefgeheimnis existiert für uns überhaupt nicht mehr. Obwohl doch alle Briefe offen sein müssen, erhalten wir sie zwei bis fünf Tage zu spät, nicht aus Verschulden der Postbehörde, sondern der Zensur. Der Bericht über die Reichstagsprüfung vom 10. April kam bei uns so spät an, daß wir ihn aus der „Frankfurter Zeitung“ stellen mußten, die nicht unter solcher Verzögerung zu leiden hat. In solchen unmöglichen Zuständen werden wir durch die Verschleppung und Schlamperie der Zensurbehörde gequält. Immer mehr Postsendungen werden von der oberen Militärbehörde glatt unterschlagen. (Vizepräsident Dr. Haase rügt diesen Ausdruck.) In der Budgetkommission konnte dieser zutreffende Ausdruck ungerügt gebraucht werden, doch werde ich ihn nach Möglichkeit vermeiden. Jedenfalls sind mir selbst Postkarten und Briefe, die ich in meiner Eigenschaft als Abgeordneter erhalten sollte, nicht ausgehändigt worden. Hier liegt doch wohl ein Gesamtinteresse des Reichstags vor. (Lebhafte Zustimmung!) Bei den Sozialdemokraten.) Wenn eine Beschlagnahme erforderlich ist, so soll eine Beschlagnahmeverfügung erlassen werden, unholdbar aber ist der Zustand, daß weder der Absender, noch der Adressat etwas davon erfährt. Wir brauchen die Zensur überhaupt nicht, denn wir würden uns selbst die in Interesse des Vaterlandes notwendigen Beschränkungen auferlegen; aber auch wer die Zensur für notwendig hält, muß doch darauf bestehen, daß nur militärische Gründe zu einem Eingreifen führen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Ernährungsfrage hat die Regierung selbst noch vor kurzem den Standpunkt eingenommen, daß die Kommunalverwaltung verlagert haben. Wei und aber verbietet der Zensur jede Kritik der Kommunalverwaltung. Freilich der stellvertretende Bürgermeister hat gute Beziehungen zur Zensurbehörde und hat sich über die Kritik an seinen Amtshandlungen beschwert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Besonders die Ueberschriften unserer Artikel haben es der Zensurbehörde angetan. Die Ueberschrift „Ist die Arbeiterordnung in Kraft“ wurde gestrichen. Aus der Ueberschrift „Kriegselendsbilder“ wurde „elend“ gestrichen. Zu einem Artikel wurde der Satz „auch in Deutschland machen sich Spaltungen in der Beurteilung des Seetrages bemerklich“ gestrichen, als ob dadurch die Spaltungen beseitigt werden und das Ausland über die bei uns herrschenden verschiedenen Auffassungen in der U-Bootsfrage nichts erfährt. Nicht nur zu Duzenden, sondern zu Hunderten könnte ich ähnliche

Fälle anführen. Auf alle Beschwerden ist eine Befreiung nicht eingetreten. Wir werden aber den Kampf weiterführen. Einen Fall muß ich erwähnen, der geradezu an das Gebiet der Korruption grenzt. Die „Dreisgauer Zeitung“ erfährt beim Transport alle möglichen Erleichterungen, die Automobile des Armeekorpskommandos stehen ihr zur Verfügung. Auf unsere Beschwerde antwortete die Oberpostdirektion in Straßburg, daß die Befreiung der „Dreisgauer Zeitung“ gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstößt und Strafantrag gestellt sei. Trotzdem geschah es weiter, und als wir die Sache in der Zeitung schilderten und die „Dreisgauer Zeitung“ die Richtigkeit unserer Darstellung bestritt, wurde uns eine Erwidern verboten. (Lebhafte Zustimmung!) Bei den Sozialdemokraten.) Die „Mühlauer Volkszeitung“ wurde auf vierzehn Tage verboten, weil sie in einer Anzeige ihre Leser zum Bezug der „verbotenen“ österreichischen „Mairzeitung“ aufgefordert habe. Dabei ist diese Mairzeitung erst drei Tage später verboten worden, als die Anzeige erschienen war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir dürfen nicht einmal unseren Lesern von dem Verbot des Blattes Mitteilung machen. Dies Vorgehen beweist, wie dringend notwendig die Forderung ist, daß jedes Zensurverbot vorher dem Reichskanzler zur Prüfung vorgelegt werden muß, damit dieser durch Sachverständige feststellen läßt, ob wirklich Anlaß zum Eingreifen vorliegt. Später hat man uns sogar die Herausgabe der täglichen Kriegsberichte ohne den Kopf der Zeitung verboten. Diese Maßnahme wurde allerdings nach 10 Tagen wieder aufgehoben. Um also den militärischen Nachrichten auf diesem Gebiete etwas einzuschränken, verlangen wir, daß der Reichskanzler die Verantwortung für alle solche Maßnahmen übernimmt.

Auch das frühere Versprechen, daß Versammlungen zur Erörterung der Steuerentwürfe nicht verboten werden sollten, ist nicht eingehalten worden. Zur Raiffeiser sind in Leipzig sämtliche Versammlungen verboten worden. In Kiel wurde eine Versammlung der Werftarbeiter verboten mit der Tagesordnung: Eingabe der Arbeiter der kaiserlichen Werft wegen Teuerungszulage, Stellungnahme des Reichsmarineamts dazu. Auch sonst sind Gewerkschaftsversammlungen verboten worden, z. B. in Polen eine Mitgliederversammlung des Holzarbeiterverbandes. Bekannt sind ferner die Redeverbote gegen einzelne Personen; anderen wird zugemutet, daß sie ein wirkliches Manuskript ihrer Rede vorher einreichen. Das einzig richtige gegenüber diesen Zuständen wäre die völlige Aufhebung des Belagerungszustandes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er hat in seiner jetzigen Auslegung zweifellos keine rechtliche Grundlage. Die Presse ist ein Sicherheitsventil, über dessen Bestehen die Regierung froh sein sollte. Die sonst vorgeschlagenen Anträge sind zu fantastisch. Durch ihre Annahme würde auch nicht viel erreicht werden, denn die Stellen, die das Belagerungszustandsgesetz angewendet haben, sind außerordentlich dickleibig und lassen sich durch eine einfache Kritik nicht irritieren. Das deutsche Volk läßt sich die bisherige Art der Behandlung in diesen Fragen nicht mehr gefallen. Die Militärs führen doch den Krieg gegen die feindlichen Heere, und sollen ihn nicht gegen das deutsche Volk führen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir wünschen keine militärische Willkürherrschaft. Die fortgesetzten Draufgängerungen sind ein Hohn auf den Burgfrieden.

Wir bringen neben dem Verlangen in der Ernährungsfrage die meiste Bitterkeit in das Volk. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wieder mit dem Belagerungszustand und seinen Auswüchsen! Was wir brauchen, ist mehr denn je ein freies Deutschland. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Oberst v. Wrisberg:

Der Redner hat behauptet, daß eine Verfügung eines Armeekorpskommandos ein Beweis dafür sei, daß hinter der Front der Armee hinsichtlich gewisser Damen nicht alles in Ordnung sei. Das trifft nicht zu. Es besteht das Verbot des Zutretens aller weiblichen Angehörigen von Kriegsteilnehmern. Ausnahmen werden nur in ganz besonderen Fällen zugelassen. Die Behauptung, daß gewisse Damen ohne Schwierigkeit zu- und abreisen können, ist nach den angestellter Ermittlungen unzutreffend. Ich muß den Herrn Redner ersuchen, uns für diese Angabe tatsächliche Beweise zu erbringen.

Nummehr wird zunächst die Abstimmung über die Resolutionen zum Etat des Reichsamts des Innern vorgenommen.

Sämtliche Resolutionen der Kommission, die eine Vermehrung der Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer verlangen, die bei der Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in der Schwermetallindustrie besondere Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit fordern, die bei Belagerung von Differenzen und Lohnstreitigkeiten Kriegsausfälle oder Schiedskommissionen verlangen, ebenso die Resolution auf Veränderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte, damit die Reichsversicherungsanstalt auch Mittel für allgemeine Maßnahmen zur Bekämpfung vorzeitiger Berufsunfähigkeit anwenden darf, werden angenommen. Die Anträge der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf vermehrte Mutter- und Säuglingschutz und der Nationalliberalen bezüglich der Kriegswochenhilfe werden gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft nach dem Antrag des Zentrums einer besonderen Kommission überwiegen, die Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang erörtern soll. Der Antrag Albrecht (Soz.), der die Ausnahmen von den Schuchbestimmungen für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen wieder beseitigen will, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt, abgelehnt werden auch die Anträge der Sozialdemokraten und Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf Aufhebung der Sparteasse. Annahme finden die Anträge der Wohnungskommission, nur soll die Erhöhung der Mittel für den Kleinwohnungsbau von 5 auf 10 Millionen erst für den Etat 1917 erfolgen.

Hierauf wird in der Debatte über die Zensurfrage fortgefahren.

Abg. Bishing (Sp.):

Die Mißstände bei der Zensur mehrten sich wie Sand am Meer. Statt einer Befreiung sehen wir eine Verschlechterung der Verhältnisse. Es wird auch ganz unverhältnismäßig verfahren. So ist der „Dissektion“ verboten worden, Artikel des Abg. Gothein zur Frage der Lebensmittelteuerung zu bringen. (Hört! hört! bei der Sp.) Wie sich die Militärbehörden fühlen, zeigt die Äußerung eines Generals auf eine Beschwerde: „Wir sind der Bundesrat, wir sind die Regierung, wir sind der Reichskanzler, wir sind der Reichstag.“ (Lebhafte Zustimmung!) Wir müssen eine Verantwortlichkeit der Regierung und bestimmte gesetzliche Bestimmungen verlangen. Hätte man bei Eröffnung des Gesetzes über den Belagerungszustand an einen Krieg von solcher Dauer gedacht, so hätte man schon damals bestimmte gesetzliche Garantien geschaffen. (Sehr wahr! bei der Sp.) Die völlige Aufhebung des Belagerungszustandes ist nicht durchführbar, aber das Gesetz muß geändert werden. Der neue Staatssekretär des Innern sprach von den Schwierigkeiten seines Amtes. Dazu gehört auch die feste Abgrenzung zwischen Militär- und Zivilgewalt. Nicht das freie Wort darf gehindert werden, sondern diejenigen, die das freie Wort unterdrücken. Hier hat der neue Staatssekretär die beste Gelegenheit, sich das Vertrauen des ganzen Reichstages durch die Tat zu erwerben. (Bravo!)

Die weitere Debatte wird vertagt auf Donnerstag 2 Uhr. Schluß 5/4 Uhr.

Die Ernährungsfragen

vor der Budgetkommission des Reichstags.

Die Beratung begann am Mittwoch mit dem Abschnitt: Organisation. Dazu führte Unterstaatssekretär v. Stein aus: Der Bundesrat hat dem Reichskanzler die freie Verfügung übertragen über die Lebensmittel, Futtermittel und Rohstoffe. Er bekommt damit unbeschränkte Vollmachten. Zur Verwaltung und Verteilung der Vorräte wird eine besondere Organisation geschaffen. Der Reichskanzler muß seine Verordnungen dem Bundesrat sofort vorlegen. Die neue Organisation heißt Kriegsernährungsamt; sie hat einen Vorstand von sieben bis neun Mitgliedern, an dessen Spitze Herr v. Vatschke steht, der eigenmächtig entscheiden kann nach vorgängiger kollegialer Beratung. Daneben wird geschaffen ein größerer Beirat, in dem vertreten sind: die Regierungen, die Kriegsgesellschaften und die Interessenten. Dieser Beirat soll in grundsätzlichen Fragen entscheiden. Die Knappheit an Lebensmitteln kann durch diese Organisation zwar nicht beseitigt werden, aber die Verteilung wird eine zweckmäßigere sein. Die Abwehrmaßnahmen innerhalb Deutschlands sollen einer genaueren Prüfung unterzogen werden. Der Bedarf des Heeres muß in erster Linie gesichert werden, deshalb wird der neuen Behörde ein Oberer Offizier beigegeben. Dadurch soll weiter erreicht werden, daß die Maßnahmen der militärischen Behörden mit dem ganzen System in Einklang gebracht werden. In die Produktion soll dagegen die neue Organisation nicht eingreifen. Durch die Verteilung der Futtermittel gewinnt die neue Organisation Einfluß auf die Regelung der Viehproduktion.

Im Anschluß an diese Ausführungen entspann sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte, in der es sich besonders darum handelte, zunächst die Frage zu erörtern, wie die Schwierigkeiten der Volksernährung bis zur nächsten Ernte behoben werden können. Diese Absicht wird insbesondere auch von Abg. Schertz (Soz.) unterstützt.

Abg. Graf Westarp (L.) berichtet dann über den Stand der vorhandenen Lebensmittel, die bei Sparsamkeit für die nächsten zwei Monate ausreichen. Am besten ist es, ganz offen zu reden. Das schafft Aufklärung im Innern. Rücksicht auf das Ausland hat keinen Zweck. Das Brotgetreide reicht aus, wir müssen aber vorichtig haushalten; es wird dann möglich sein, die Produktion für Schwerarbeitende zu erhöhen. Man darf nicht schon jetzt davon reden, daß wir eine großartige Ernte bekommen; das muß abgewartet werden. Die Vorräte an Getreide und Hafer sind ziemlich erschöpft.

Unterstaatssekretär Michaelis stellt mit, daß unsere Getreidevorräte ausreichen; die dichtbesiedelten Gegenden sollen jetzt größere Mengen erhalten. Die Reserve von 400 000 Tonnen hat sich verbessert, nachdem die Heeresverwaltung 80 000 Tonnen weniger gefordert hat. Aus Rumänien sind 97 000 Tonnen eingeführt worden; dadurch konnte man größere Mengen der Volksernährung dienstbar machen. So sind einer Anzahl Kommunen Mehrbeträge zur Verbesserung der Brotzotation geliefert worden. Die Kartoffelvorräte sind knapp. Was wir nun noch an Brotgetreide haben, muß festgehalten werden. Die Kommunalverbände haben willig ihre Lieberschiffe herausgegeben. Das ausländische Mehl ist mit erhöhten Preisen im freien Verkehr kann nicht mehr viel sein. Wo sich noch die Möglichkeit der Herbeischaffung im freien Verkehr bietet, soll sie nicht unterbunden werden.

Staatssekretär Helfferich betont, daß mit größter Offenheit verfahren werden soll. Man sollte aber nicht bereits früher in aller Öffentlichkeit zugeben, daß unsere vorjährige Ernte schlecht war.

Abg. Böhmke (natl.) glaubt, daß die vorhandenen Vorräte ausreichen, um für Industrie- und Landarbeiter die Brotzotation zu erhöhen.

Abg. Sieberts (B.) fordert das gleiche für die Industriearbeiter im Westen und legt eine bessere Brotmischung an. Gerade der Bergmann lebt hauptsächlich vom Brot. Das im freien Verkehr eingeführte Mehl sollte nicht öffentlich angeboten werden dürfen.

Unterstaatssekretär Michaelis versichert, daß diese Wünsche möglichst berücksichtigt werden sollen. Für die Bergarbeiter und die Feuerarbeiter ist bereits eine höhere Brotzotation zugestanden worden. Den Kommunalverbänden sollen größere Mengen Graupen zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Dr. Bendorf (F. Sp.): Es ist besser, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken. Die Verteilung im deutschen Volk wäre nicht so groß, wenn man dem Volke nicht immer erzählt hätte, die deutsche Landwirtschaft sei in der Lage, den Bedarf an Lebensmitteln zu decken. Jetzt zeigt sich, wie falsch diese Behauptung war. Die vorhandenen Vorräte müssen in der Hauptsache dem Teil des Volkes zugewiesen werden, der schwere Arbeit zu leisten hat. Die beabsichtigte Nachzahlung für Hafer ist durch nichts berechtigt.

Unterstaatssekretär Michaelis gibt Auskunft über die Bildung des Reports (der Differenz zwischen höherem und niedrigerem Preis), durch deren Gewährung mehr Getreide abgeliefert wurde.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) tritt dafür ein, der Öffentlichkeit die volle Wahrheit zu sagen, denn es ist ein Bestimmtes eingetreten, der sehr bedenklich ist. Die Erhöhung der Brotzotation für die Schwerarbeitenden ist zu begrüßen. Bei der Graupen- und Weizenverteilung ist streng darauf zu achten, daß die gelieferten Vorräte nicht wieder verschwinden. Am besten ist es, man beseitigt den freien Verkehr vollständig. Die Regierung darf sich nicht auf die Gemeinden verlassen; sie selbst muß die Art der Verteilung anordnen. Die Knappheit an Kartoffeln muß dazu führen, daß die vorhandenen Vorräte sofort zu Präparaten verarbeitet werden, damit sie nicht wieder verschwinden. Nicht die Freiwilligkeit hat dazu geführt, daß mehr Getreide abgeliefert wurde, sondern die starken Mittel, die zur Anwendung gelangt sind. Die nachträgliche Erhöhung der Haferpreise war eine ganz verfehlte Maßnahme; von einer Nachzahlung an die Landwirte, die vorher verkauft hatten, kann aber keine Rede sein. Die Unterdrückung der Mehlinserte hat keinen Zweck; besser ist es, wenn die Gemeinden die angebotenen Vorräte beschlagnahmen.

Abg. Dr. Roefide (B. d. L.) behauptet, daß die Landwirtschaft nur deshalb den Bedarf des deutschen Volkes nicht decken konnte, weil wir eine Misere hatten. Hätte man höhere Futtermittelpreise geschaffen, dann hätten wir die Kolonien mit dem Mehlmangel nicht. Bei der Verteilung darf nicht nach einem bestimmten Schema gearbeitet werden. Kartoffelvorräte werden heute nicht mehr zurückgeholt. Die Fehler, die in der Lebensmittelversorgung gemacht wurden, lagen nur in der Organisation. Man hat die vorhandenen Vorräte nicht überschätzt.

Abg. Dr. Reisinger (B.) hofft, daß die Militärverwaltung ihre Ansprüche soweit als möglich ernähren, damit der Bevölkerung mehr gegeben werden kann. Besonders Berücksichtigung verdienen die Erntearbeiter. In einzelnen Städten sind Lieberschiffe an Kartoffeln vorhanden, die abgefordert werden müssen. Die Landwirtschaft verdient Anerkennung dafür, daß sie ihr Getreide so rasch abgeliefert hat.

Abg. Hoff (F. Sp.) bekämpft die Reports und empfiehlt, die Getreidepreise herabzusetzen, wenn das Getreide nicht bis zu einem bestimmten Termin abgeliefert ist. Bei zweckmäßiger Organisation hätten unsere Vorräte weit besser ausgesehen. Ohne Zweifel sind wieder erhebliche Mengen Getreide verfrachtet worden. Die nachträgliche Bewilligung höherer Preise für bereits verlaufene Hafer ist durch nichts zu rechtfertigen. Redner sieht dann auseinander, daß die landwirtschaftlichen Röhle nicht die immer noch von dem Mund der Landwirte hergetragene Wirkung hatten. Wo hätte man dann den Boden zum Anbau von größeren Mengen Futtermitteln hergenommen? Die Argumente der Agrarier schlagen der Wahrheit direkt ins Gesicht.

Staatssekretär Helfferich bittet dringend, in keine Polemik einzutreten; die Tatsache sei nicht zu bestreiten, daß die Getreideproduktion erheblich gestiegen sei.

Abg. Käppler (Soz.) fordert eine andere Preispolitik für Getreide. Hunderttausende Hektar Getreide sind heruntel worden.

Das ist nur zu beammiden, wenn die Preise für alle Getreidearten möglichst gleich sind. Für Schnelligkeitsprämien bei Vollerzeugung des Getreides bestand kein Anlaß, besser könnte man sich mit Dreißig-Prämien abfinden. Die Schwanlung der Mehl- und Weizenpreise in den einzelnen Kommunen erklärt sich aus den Zuschüssen, die die Gemeinden für sich erheben. Der Weizenpreis darf den Mehlpreis nicht übersteigen, sonst kann man mit Recht von Weizen reden, der von den Bäckern getrieben wird. Es ist nicht zu verstehen, wo das immer wieder angebotene Auslandsmehl herkommen soll.

Unterstaatssekretär Michaelis: Auf die Weizenpreise hat die Reichsgetreidestelle keinen Einfluß; ihre Festsetzung ist Sache der Gemeinden. Selbstverständlich ist, daß Auslandsmehl nur unter Verletzung bestehender Vorschriften auf den Markt kommen kann.

Abg. David (Soz.): In landwirtschaftlichen Großbetrieben mögen Kartoffeln nicht mehr vordringen sein; in vielen kleinen Betrieben ist das anders. Dort werden immer noch Kartoffelvorräte verkauften, die zur Schwinnernast verwendet werden. Redner tritt den politischen Ansichten des Abg. Dr. Roefide entgegen. Der höhere Futtermittelzoll soll nicht den Anbau von Futtermitteln fördern, sondern die Preise in die Höhe treiben. Die Ausdehnung des Futtermittelbaues könnte nur auf Kosten des Körnerbaues geschehen. Die Verzeuerung der Futtermittel würde die heimische Viehhaltung schwer schädigen. Die Steigerung der Getreideproduktion steht, wie das Beispiel Dänemarks zeigt, in keinem Zusammenhang mit den Vollen.

Abg. Dr. Roefide (B. d. L.) verteidigt nochmals die landwirtschaftlichen Röhle. Die jetzt vorhandenen Schwierigkeiten sind nur auf die Misere zurückzuführen.

Die Beratungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

Die Umsatzsteuer in zweiter Lesung angenommen.

Der Steuerentscheid des Reichstags beschäftigte sich in seiner Mittwochssitzung mit der von den Kompromissparteien in Abweichung von den Beschlüssen erster Lesung beantragten Umsatzsteuer. Berichterstatter Jund erklärte einleitend, daß unter den Antragstellern eine grundsätzliche Einigung erzielt sei. Der eigentliche Quittungsstempel scheide aus, abgesehen von Ausnahmen, in denen man aber auch das veraltete Wort „Quittung“ verwerfe und durch „Schriftliches Empfangsbekenntnis“ ersetze. Die Steuer solle mit 1 Promille erhoben werden, nicht von der Einzelschuldung, sondern von der Gesamtsumme der für Lieferungen geleisteten Zahlungen eines Gewerbebetriebs. Die Form des Stempels sei beizubehalten, da die Aufstellungen, die die Gewerbetreibenden am Jahresabschluss über die eingegangenen Zahlungen zu machen haben, gestempelt werden sollen.

Reil (Soz.): Er habe trotz der Ausschlußlosigkeit, noch einen Einfluß auf die Beschlüsse ausüben, einige allgemeine Bemerkungen für angeeignet. Es handle sich um eine neue Vorlage, die nicht von der Regierung, sondern von einer Anzahl Parteien gemacht werde. Diese Parteien können sich mit ihrer Steuerpolitik nur auf einen Bruchteil des Volkes stützen. Sie isolieren sich ihrem Vorgehen nicht die Sozialdemokratie, sondern sie isolieren sich selbst von den Massen des Volkes. Insofern sei das Verfahren vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus ganz erfreulich. Bedauerlich sei es aber im Hinblick auf den Umst der Zeit. Die Geschlossenheit des Volkes im Kampf um seine Existenz werde dadurch nicht gefördert. Mäkelhaft sei, wie selbst die bürgerliche Seite, die in der ersten Lesung sachlich die Umsatzsteuer abgelehnt habe, diese Politik umzusetzen könne. Die Umsatzsteuer komme den rationalen Gewerbebetriebs. Sie begrünste den großen Profit bei kleinem Umsatz und bestrafe den kleinen Profit bei großem Umsatz. Sie bewirke eine Verdrängung der Gewerbebetriebe, werde abgewälzt und dabei aufgerundet, und belaste damit den gesamten Verbrauch bis zum Gas, elektrischen Strom und selbst dem Wasser. Die gemeindlichen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sogar würden von ihr betroffen, obgleich die Gemeinden ebenso unter den Kriegslasten leiden wie das Reich.

Blund (F. Sp.): Seine Partei halte die Umsatzsteuer für unerwünscht. Aber sie sei, da alle ihre Versuche, die Steuererhebe gemeinsam mit der Sozialdemokratie zu machen, erfolglos geblieben seien, in die Zwangslage versetzt worden, mit den übrigen Parteien gemeinsam die notwendigen Mittel zu beschaffen. Müller-Grubba (B.): Es sei von Anfang an allgemeiner Wunsch gewesen, die Steuererhebe vom ganzen Reichstag machen zu lassen. Da aber die Sozialdemokraten sich gegen jede indirekte Steuer erklärt hatten, habe deren Zuziehung zu den Vorbereitungen keinen Zweck gehabt. Daß eine Reihe von Parteien sich zu Anträgen vereinigten, sei schon oft da gewesen. — Reil (Soz.): Das ist nicht zu beanstanden. Wir sehnen uns nicht danach, die Verantwortung für die Gesetze zu tragen. In diesem Punkte aber ist die Kommission ausgeschaltet worden. Die zweite Lesung war nur eine Scheinberatung. Wenn das heute anders wird, so nur, weil sich die Mehrheit über manche Einzelheiten noch nicht einig ist. Abgelehnt haben wir allerdings von Anfang an, uns auf den Boden des Regierungsprogramms zu stellen. Wir haben aber andere Vorschläge gemacht, die einer ersten Prüfung nicht unterzogen worden sind. — Wlemmer (F. Sp.) widerspricht, seine Fraktion habe den ernstesten Willen gehabt, mit der Sozialdemokratie gemeinsam die Steuern zu machen. Sie bedauern, daß es der Sozialdemokratie nicht möglich gewesen sei, bei den indirekten Steuern Entgegenkommen zu zeigen. Die Rechte der Kommission seien vollständig gewahrt worden. — Vorsitzender Gradauer (Soz.) empfiehlt, da formell gegen das eingeschlagene Verfahren nichts einzuwenden sei, nunmehr zur Beratung der Vorlage zuzurückkehren. — Antwid (Soz.): Diese Steuer wird abgewälgt werden und mit den anderen indirekten Steuern drückend wirken. Wie wird sie sich aber verhalten mit den bestehenden staatlichen und gemeindlichen Umsatzsteuern? — Unterstaatssekret. Jund: Darüber haben Verhandlungen mit den einzelnen Regierungen noch nicht stattgefunden. — Cohn (Soz.) beantragte, die Ueuerung von Gas, Elektrizität und Wasser durch staatliche und Gemeinbetriebe, die doch nicht Kapitalprofite erzielen, von der Umsatzsteuer frei zu lassen. Ueber diesen Antrag entspann sich eine längere Debatte, in der neben dem Antragsteller ein Fortschrittler, ein nationalliberaler und ein konservativer Redner für die Vertreter des Jentrums und der Regierung gegen den Antrag sprachen. Der Antrag Cohn wird schließlich mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen. Ebenso wird ein Antrag Raaber-Kaufbeuren angenommen, wonach Zahlungen von Waben, die im Wege der Zwangsversteigerung veräußert werden, befreit bleiben. Im übrigen finden sowohl die neuen Tarifbestimmungen wie auch die vorgeschlagene Ergänzung des Steuererhebes mit geringfügigen reduktiven Änderungen Annahme.

Zu der Schlußbestimmung, wonach der Bundesrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes bestimmen soll, beantragen die Fortschrittler, den Zeitpunkt festzulegen zu bestimmen, und zwar den 1. Januar 1917. Man solle nicht mitten im Jahre mit der Steuer beginnen. Man solle auch Rücksicht nehmen auf die Geschäftsinhaber, die jetzt ihre Geschäfte nicht selbst leiten können. — Staatssekretär Helfferich widerspricht und schlägt den 1. Oktober 1916 vor. Ein Vierteljahr bewirke einen Einnahmeverlust von 50 bis 60 Millionen, der neben den anderen Abstrichen nicht gut zu tragen sei. — Nachdem Erzberger sich für den 1. Oktober 1916 ausgesprochen, wird der Antrag der Fortschrittler gegen die fortgeschrittenen und sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt und der 1. Oktober 1916 eingeleitet.

Die Sozialdemokraten beantragen, die in erster Lesung beschlossene Bestimmung wieder aufzunehmen: „Die Quittungsstempels und der Abgabe vom Umsatz hat spätestens nach Verkauf des zweiten Rechnungsjahres nach Friedensschluß zu erfolgen, wenn sie der Reichstag fordert.“ — Antwid (Soz.) begründet den Antrag, Staatssekretär Helfferich bezeichnet ihn als unannehmbar. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Damit ist die Vorlage im ganzen angenommen.

Feststellung von Kriegsschäden.

Am Mittwoch schied die Reichstagskommission die Beratung des § 8 der Regierungsvorlage fort. Diese enthält die näheren Bestimmungen über die Art der Festsetzung der Schäden. Wenn die Sache gerichtet oder abhandelt gekommen ist, muß der volle Wert ersetzt werden, andernfalls nur die Wertminderung.

Die Polen forderten einen Zusatz, der Vergütung verlangt für „Erwerbsschäden, die durch Verfügungen der Militärbehörden, wie Schließung von gewerblichen Unternehmungen, Inhaftierungen, Gebietsbewegungen, wenn dieselben nicht durch Verstöße gegen bestehende Gesetze oder Bewohnungen begründet waren, entstanden sind.“ Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Die Konserwativen verlangten eine Entschädigung für Erwerbsschäden; die Fortschrittler gingen noch weiter. Alle diese Anträge wurden abgelehnt. Von sozialdemokratischer Seite wurde hervorgehoben, wenn man diesen Weg beschreiten würde, gebe es kein Halten mehr. Dann müßte man auch die Arbeiter, die Gewerbetreibenden, Händler usw., die durch den Krieg ganz gewaltige Schäden erlitten haben, obwohl sie nicht in den vom Feinde besetzten Gebieten wohnen, die Sach- und Erwerbsschäden ersetzen.

Schließlich wurde der § 8 der Vorlage mit einer geringen Aenderung angenommen. Bei der Beratung des § 4 wurden die Verhandlungen auf Donnerstag vertagt.

Das Kaligesez in der Kommission.

Zur zweiten Lesung dieses Gesetzes lag am Mittwoch ein sozialdemokratischer Antrag vor, der der Spekulation in Kallimere, die durch die Preissteigerung eintreten wird, einen Riegel vorzulegen will. Der Antrag will von einer Beteiligungsziffer alle Werte ausschließen, die nach dem 1. August 1914 errichtet worden sind. Für Bundesstaaten, in welchen zurzeit Kalkwerke noch nicht im Betrieb sind, soll der Bundesrat nur Ausnahmen zur Errichtung fiskalischer Werke gestatten können. Ein Antrag Cohn-Nordhausen will die Betriebsperre auch auf künftig gemauerte Kalkfelder ausdehnen. Diese Anträge werden abgelehnt.

Vom Unterstaatssekretär Richter wurde eine scharfe Verurteilung im Hinblick gestellt mit der Wirkung, daß Neugründungen verhindert und daß auch Werke, die während der Kriegszeit abgebaut sind, nur mit besonderer Erlaubnis des Reichskanzlers fortgeführt werden können.

Der § 18 hatte das Ziel, solche Werke bei der Beteiligungsziffer günstiger zu stellen, die mit den Arbeitern Tarife abgeschlossen haben. Praktisch waren solche Tarife gemeint, bei denen die Arbeiter oder ihre gewerkschaftlichen Vertreter ein Mitbestimmungsrecht hatten. Werksleitungen haben diesen Willen des Gesetzes aber in das Gegenteil umgekehrt. Ein einstimmig angenommener, von der Sozialdemokratie gestellter Antrag stellt die Absicht des Gesetzes nicht nur wieder her, sondern bringt sie zwingender zum Ausdruck.

Wegen der Lohnfragen bestanden noch Differenzen. Diese im Gesetz zu schließen, erschien schwierig. Die Vertreter der Gewerkschaften, die der Kommission angehören, hatten mit dem Reichskanzler Verhandlungen geführt. Ein Ausgleich steht in Aussicht. Es wurde eine diesbezügliche Erklärung des Syndikates vom Genossen Breh zu den Akten der Kommission gegeben.

Das Gesetz gelangte dann zur einstimmigen Annahme. Unter den üblichen Vorbehalten stimmten auch die sozialdemokratischen Mitglieder zu.

Kommission zur Vereinsgesetznovelle.

Der gestrige, von dem Pressebureau uns übermittelte Bericht der Kommission über die Vereinsgesetznovelle enthält die Ausführungen des Mitgliedes der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft nicht. Wir werden uns Aufnahme folgender Ergänzungen erlauben:

Abg. Büchner begründete die Notwendigkeit der von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eingebrachten Anträge. Diese verlangen, die Unpolitikerklärung der Gewerkschaften durch Annahme der vom Reichstag am 27. August 1915 zu § 3 beschlossenen Fassung herbeizuführen, dem damals angenommenen Entwurf entsprechend ferner den Sprachen- und den Jugendparagrafen aufzugeben, und endlich die im § 24 des Vereinsgesetzes gegen die ländlichen Arbeiter enthaltenen Beschränkungen bei Ausübung des Koalitionsrechts aufzugeben. Seine Freunde könnten unmöglich einer Novelle zustimmen, die keinen wirklichen Vorteil für die Gewerkschaften bringe. Der vorgelegte Vorlaute brächte den Gewerkschaften die erforderliche Freiheit nicht, gebe vielmehr dem Staatsanwalt eine wohl noch leichtere Möglichkeit zum Einschreiten gegen ihm nicht genehme Gewerkschaften als das bestehende Gesetz. Wache die Regierung ihre Drohung wahr, jede Aenderung des Entwurfs, also auch jede Sicherstellung der Gewerkschaften, abzuhören, so zeige gerade dies, wie wenig gerechtfertigt die Hoffnung sei, daß die Vorlage eine Beförderung herbeiführen werde, von der ja von verschiedenen Parteien zugegeben wurde, daß sie neuen Verfolgungen durch die Verwaltungsbehörden und durch die Staatsanwaltschaft keineswegs die Tür verschleße.

Zur Vereinsgesetznovelle.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schreibt uns:

Unter Bezugnahme auf Ihren Artikel über die „Vereinsgesetznovelle“ in der Mittwochsmummer des „Vorwärts“ erlauben wir Sie um den Abdruck folgender Feststellungen, die sich aus den Protokollen über die Sitzungen der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ergeben:

Sitzung vom 21. Dezember 1915. Auf Grund besonderer Informationen ist der Fraktion Kenntnis gegeben worden über die beabsichtigte Gestaltung der Vereinsgesetznovelle. Nach erfolgter Aussprache beschloß die Fraktion gegen 8 Stimmen, auf die Einbringung weitergehender Anträge zu verzichten.

Sitzung vom 8. Mai 1916. Heute, nachdem die Vorlage im Vorlaute vorlag beschäftigte sich die Fraktion erneut damit und beschloß mit allen gegen 7 Stimmen, der Vorlage zuzustimmen ohne Abänderungsanträge zu stellen.

Die vorstehende Feststellung ändert an den von uns gemachten Darlegungen nichts. Selbstverständlich konnte am 21. Dezember 1915 die Fraktion den Vorlaute der am 1. Mai 1916 beschlossenen Vorlage nicht kennen und kann für unsere Stellungnahmen lediglich der Gesichtspunkt entscheiden, ob diese Vorlage den Interessen der Arbeiter und der Gewerkschaften entspricht oder sie schädigt.

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben: Gegenüber der Feststellung des Genossen Legien in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ ist zu bemerken, daß am 10. Januar zwar eine Konferenz der Vertreter der Vorstände der Gewerkschaften getagt hat, daß diese Konferenz zu der erörterten Frage aber noch dem offiziellen, in Nr. 8 des „Korrespondenzblattes der Generalkommission“ erschienenen Bericht keine Stellung genommen hat. In dem Bericht, den die Generalkommission auf dieser Konferenz über ihre Tätigkeit erstattete, wurde nach dem „Korrespondenzblatt“ folgendes ausgeführt:

Weiter wurde berichtet, daß die Aenderung des Vereinsgesetzes vom Reichstag beschlossen sei, aber noch der Zustimmung des Bundesrats entbehre, der während des Krieges lediglich die Gewerkschaften von den Wirkungen des Vereinsgesetzes für poli-

ische Vereine ausnehmen, alles Weitere aber bis nach dem Kriege zurückstellen wolle. Eine Gesetzesnovelle hierfür sei in Vorbereitung und noch in den nächsten Monaten zu erwarten.

Weiter heißt es in dem offiziellen Sitzungsbericht, daß der Bericht der Generalkommission zur Kenntnis genommen wurde. Liegt darin etwa eine Stellungnahme der Verbandsvorstände?

Der „Vorwärts“ bemerkte zu der Reglements Erklärung schon ganz richtig, daß es doch wohl nicht recht gewesen wäre, schon am 10. Januar zu der Gesetzesvorlage vom 1. Mai Stellung zu nehmen. Die Konferenz hätte sich also allenfalls dazu äußern können, ob sie sich mit der damals zutage getretenen Absicht der Regierung, die Gewerkschaften gegen eine Politikklärung zu schützen, zufrieden geben und auf weitere Änderungen des Vereinsgesetzes im Augenblick verzichten will. Das hat sie aber offenbar gar nicht getan. Selbst wenn sie aber so beiseite gewesen wäre, auf das Angebot der Regierung einzugehen, so wäre damit die Stellung der Gewerkschaften zu der jetzt veröffentlichten Vorlage noch nicht einmal gegeben, da diese Vorlage ja gar nicht den versprochenen Schutz gegen die polizeilichen Schikanen gewährt. Das ist selbst von vielen Gewerkschaftsblättern hervorgehoben worden.

Der Bericht in dem Aufsatz des „Vorwärts“ am 28. Mai angeführten Stimmen aus der Gewerkschaftspresse liegt darin, daß aus ihnen zu erkennen ist, wie selbst viele Gewerkschaftler die von Reglement propagierte „realpolitische“ Haltung, die darin besteht soll, daß die Sozialdemokratie die Beratung der Gesetzesnovelle nicht bemagt, möglichst viel von ihren weitergehenden Forderungen zu verzichtlichen, nicht mitmachen.

Hervorheben möchten wir in Ergänzung dieser Darlegung, daß auch die „Zeitung des Verbandes deutscher Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter“ in Nr. 20 und 21 in sehr entschiedener Weise gegen die Novelle und gegen die Ausführungen des Genossen Reglement im Reichstage Stellung nimmt und dessen Stellungnahme als gegen die Interessen der Eisenbahner vertypend bezeichnet.

Die Organisation des Kriegsernährungsamtes.

Das „Reichsgesetzblatt“ veröffentlicht die Bundesratsverordnung über „Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung“, die folgenden Wortlaut hat:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die im Deutschen Reich vorhandenen Lebensmittel sowie Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Lebensmittelerzeugung erforderlich sind, für die Ernährung des Volkes in Anspruch zu nehmen. Er kann die Einfuhr, Durchfuhr und Ausfuhr solcher Gegenstände regeln. Er kann in gleicher Weise über Futtermittel sowie Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Viehzucht erforderlich sind, zur Ernährung von Nutztieren verfügen.

§ 2. Der Reichskanzler kann die zur Durchführung des § 1 erforderlichen Bestimmungen treffen; er kann den Verkehr mit den daselbst bezeichneten Gegenständen und ihren Verbrauch regeln, auch Bestimmungen über die Preise treffen. Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft, und daß neben der Strafe die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden. Der Reichskanzler kann in dringenden Fällen die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen versehen.

§ 3. Die vom Bundesrat zur Sicherung der Volksernährung erlassenen Verordnungen bleiben unberührt. Der Reichskanzler kann in dringenden Fällen abweichende Bestimmungen treffen; diese sind dem Bundesrat unterzüglich vorzulegen.

§ 4. Der Reichskanzler kann die Befugnisse, die ihm nach dieser Verordnung oder anderen zur Sicherung der Volksernährung erlassenen Verordnungen zustehen, ganz oder teilweise durch eine seiner Aufsicht unterstehenden Behörde ausüben. Er bestimmt das Nähere über Einrichtung, Geschäftskreis und Geschäftsgang dieser Behörde.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers.

§ 1. Unter dem Namen Kriegsernährungsamt wird eine Behörde mit dem Sitz in Berlin errichtet. Sie untersteht der Aufsicht des Reichskanzlers. Dem Kriegsernährungsamt wird die Wahrnehmung der dem Reichskanzler in §§ 1 und 8 der Verordnung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung erlassenen Verordnungen zustehen, soweit sie nicht ausdrücklich vorbehalten werden. Der Tag, an dem die Behörde in Wirklichkeit tritt, wird im „Reichsanzeiger“ bekanntgemacht.

§ 2. Der Vorstand des Kriegsernährungsamtes besteht ausschließlich des Vorsitzenden aus sieben bis neun Mitgliedern. Der Vorsitzende führt die Amtsbezeichnung Präsident des Kriegsernährungsamtes. Er leitet die Geschäfte, vertritt die Behörde nach außen und ist für die Ausübung der dem Kriegsernährungsamt übertragenen Befugnisse verantwortlich. In wichtigen Fragen entscheidet er nach Beratung mit dem Vorstand. Reichsverordnungen sind im „Reichsgesetzblatt“ bekanntzugeben.

§ 3. Dem Kriegsernährungsamt werden zur Bearbeitung der laufenden Geschäfte die erforderlichen Arbeitskräfte zugeteilt.

§ 4. Dem Kriegsernährungsamt wird ein Beirat beigegeben. Er besteht aus Vertretern der obersten Reichsbehörden, der Landesregierungen, der Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften, sowie einer Anzahl anderer Sachverständiger. Den Vorsitz führt der Präsident des Kriegsernährungsamtes. Der Beirat ist in grundsätzlichen Fragen zu hören. Er ist zu regelmäßigen Beratungen über die Lage der Volksernährung zu versammeln. Die Geschäftsordnung erläßt der Reichskanzler auf Vorschlag des Vorsitzenden.

§ 5. Den Vorsitzenden, die Mitglieder des Vorstandes sowie die dem Kriegsernährungsamt als Räte zugewiesenen Personen beauftragt der Reichskanzler. Die übrigen Beamten und Hilfskräfte beauftragt der Vorsitzende. Die Mitglieder des Beirats werden vom Reichskanzler berufen. Sie versehen ihr Amt als Ehrenamt.

§ 6. Soweit die in § 5 genannten Personen nicht in einem zur Amtsverschwiegenheit verpflichtenden Reichs- oder Staatsdienverhältnisse stehen, sind sie zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Pflichten und insbesondere zur Amtsverschwiegenheit zu verpflichten.

Das tägliche Brot.

Watocki über sein neues Amt.

Der Leiter des Kriegsernährungsamtes v. Watocki hat dem Vertreter eines Berliner Blattes eine Unterredung gewährt. Seinen Ausführungen entnehmen wir:

„Ein festes Programm für die Lösung der mir übertragenen schweren Aufgabe habe ich nicht, kann ich nicht haben, da ich am vorigen Freitag zum erstenmal von der Absicht, mir das Amt zu übertragen, etwas erfahren und an den Vorbereitungen bis dahin in keiner Weise mitgewirkt habe. Damit will ich nicht sagen, daß ich mir nicht für mich selbst in den grundlegenden Fragen feste Vorstellungen gebildet und klare Ziele gesetzt habe.

Das Heim des Kriegsernährungsamtes in Mohrenstraße 11/12. Am nächsten Montag soll der Dienstbetrieb voll aufgenommen werden. Bis dahin hoffe ich, das einstufige nötige, den verschiedensten Stellen zu entnehmende Personal zusammen zu haben.

Die Vorstandsmitglieder, die mir mit beratender Stimme als Mitarbeiter, denen innerhalb ihres besonderen Arbeitsgebietes selbstverständlich weitgehende Selbständigkeit bleiben muß, zur Seite gestellt werden, sind im Einvernehmen mit mir aus verschiedenen Berufsgruppen und Reichsteilen ausgewählt. Mit den hier anwesenden Herren, Unterstaatssekretär v. Falkenhäuser und bayerischen Ministerialrat Braun, habe ich schon eingehend verhandelt. Ebenso mit General Gröner.

Am Freitag werde ich die erste Vorstandssitzung abhalten. Dann werde ich von Montag an zur Information des Vorstandes noch einmal einladen: eine Anzahl der Oberbürgermeister von Großstädten und einigen mittleren Städten, dann Vertreter der Konsumenteninteressen, dann Vertreter der landwirtschaftlichen Erzeuger, des Handels und der Industrie und selbstverständlich die Leiter sämtlicher, mit der Ernährungsfrage befaßten Reichsstellen.

Einige dringliche Abhilfemaßregeln hoffe ich schon in der nächsten Woche, im Anschluß an diese Vorstandssitzung anordnen zu können. Ich denke auch daran, für die Kommunen und die sonst verpflichteten Versorgungsverbände sehr erhebliche Geldsummen flüssig zu machen, um sie in die Lage zu setzen, etwas Durchgreifendes zu tun. In etwa vierzehn Tagen soll der große Beirat zum ersten Male zusammentreten. An der Vorberatung des neuen Wirtschaftsplanes war ich nicht beteiligt. Seine endgültige Gestalt kann er aber natürlich nur mit meiner Zustimmung erhalten. Damit hat es jedoch zurzeit noch keine große Eile. Es genügt vollkommen, wenn der Landwirt bis Anfang Juli, also etwa vierzehn Tage vor dem Beginn der Roggenernte erfährt, wie er sich für das nächste Jahr einzurichten hat.

Dankbar wäre ich der Presse, wenn die Bezeichnung „Diktator“ aus den Erörterungen verschwinden würde. Das gibt ein ganz falsches Bild.

Ich hoffe sehr, daß ich die Unterstützung der deutschen Presse finden werde, auch da, wo es einmal hart auf hart kommt und die Zumutungen an die Opferwilligkeit zunächst größer erscheinen als die Tragfähigkeit.

Anzeigepflicht für Fleischwaren.

Nach einer Verordnung des Bundesrats vom 22. Mai ist jeder, der Fleischwaren (Fleischkonserven, Mäckerwaren von Fleisch, Dauerwürste aller Art, geräucherter Speck) im Gewahrsam hat, zur Anzeige seiner Bestände sowohl an den Kommunalverband des Lagerungsortes wie auch, soweit die Mengen über 2000 Kilogramm betragen, an die Reichsfleischstelle verpflichtet. Der Anzeigepflicht unterliegen nicht die Mengen, die lediglich für den Haushalt des Eigentümers bestimmt sind. Fleischwarenvorräte, die der Reichsfleischstelle anzuzeigen sind, dürfen nur mit Zustimmung der Reichsfleischstelle oder der von ihr bestimmten Stellen abgesetzt werden, und sind auf Verlangen nach Anweisung der Reichsfleischstelle an die von ihr bestimmten Stellen abzuliefern. Bei Weigerung erfolgt Enteignung. Der Liebernahmepreis wird im Streitfalle von der höheren Verwaltungsbehörde endgültig festgelegt. Die Verordnung soll die Möglichkeit bieten, insbesondere die Vorräte an Fleischbrennereien, die sich in den Händen der Hersteller, der Groß- und Zwischenhändler und Lagerhalter befinden, mit Beschlag zu belegen und in zweck- und gleichmäßiger Weise dem allgemeinen Verbrauch zugänglich zu machen. Vorräte bis 2000 Kilogramm können auf Grund der bestehenden Vorschriften von den Gemeinden erfasst werden.

Zerfahrt von 40 Zentnern Plockwurst.

Was wird berichtet:

Durch einen Gewährsmann hatte Stadtverordneter Genosse Fey in Hagen i. B. in Erfahrung gebracht, daß eine größere Sendung Plockwurst von Hagen nach der Stadt Minden i. B. gefandt, dort aber von dem Empfänger, dem Lebensmittelamt der Stadt Minden, die Annahme verweigert wurde, da die Ware zum menschlichen Genuß durchaus ungeeignet war. Die vollkommen verbordene Ware lagerte zur Verfügung des Abfenders in Minden. Genosse Fey ersuchte in unserem Elberfelder Parteiorgan die Behörde in Hagen um unerbittliche Ermittlungen, wer als Absender und Verkäufer in Frage kommen konnte. Auch stellte der Genosse in Minden selbst an Ort und Stelle Erkundigungen an. Das Ergebnis ist folgendes: Ein Kolonialwaren- und zugleich auch Kohlenhändler, der nebenbei auch den Lebensmittelauf für die Stadt besorgt, in der der Stadt Hagen benachbarten Stadt Halpe verläuft 40 Kisten mit annähernd 40 Zentner Plockwurst an einen Kaufmann in Hagen, der gleichzeitig auch Spezialhändler in Wädereibedarfsartikeln ist. Dieser wiederum verkaufte 12 Zentner an einen Uhrmacher (!) bezw. dessen Frau, da der Mann angeblich zurzeit sich im Felde befindet. Diese 12 Zentner wurden an einen Kaufmann in Elberfeld verkauft, der aber die Annahme verweigerte, da die angeblich einwandfreie Ware total verbordene war. Die Sendung geht zurück nach Hagen. Mittlerweile hat der erste Verkäufer, nämlich der Händler in Halpe, von dem zweiten Käufer, dem Händler in Wädereibedarfsartikeln, die Hälfte der ganzen Sendung, also etwa 20 Zentner, wieder zurückgenommen. Ueber den Verbleib der restlichen 20 Zentner oder sonstige der zweite Käufer keine Auskunft geben (!), glaubte aber (!), daß sein Vertreter (also wieder ein anderer) die Ware an die Stadt Minden verkauft hat. Dabei handelte es sich bei den 20 Zentnern Wurst um ein Objekt von rund 8000 M., dessen Verbleib dem Herrn Händler ganz aus dem Gedächtnis entschwunden war. Eine bürgerliche Zeitung aber in Minden konnte berichten, daß die Sendung dann an einen vom Abfender (!) angegebenen Spekteur in Hagen zurückgegangen ist. Und zum Ueberflus war die Sendung nach Minden mit den Anfangsbuchstaben des Namens des zweiten Verkäufers gezeichnet. Trotzdem wollte der gute Mann nicht wissen, wo die 20 Zentner, einschließlich der in Elberfeld verweigerter 12 Zentner, Wurst geblieben war. Wo die Ware nunmehr in Hagen angekommen ist, ist zurzeit nicht bekannt, auch nicht der Teil, der wieder nach Halpe „verkauft“ wurde. Die Nachforschungen sind noch im Gange, auch darüber, wie es kommt, daß eine solche Menge Wurst dem Verderben preisgegeben und der menschlichen Ernährung entzogen werden konnte.

Aus der Partei.

Zur Kandidatenaufstellung in Reichenbach-Neurode.

Genosse Scheidemann schreibt uns: „Der „Vorwärts“ berichtete in seiner Mittwoch-Nummer, daß ich in meiner Eigenschaft als „Jenfor des „Vorwärts“ die Aufnahme eines Berichtes inhihiert habe, der ihm über eine Verammlung in Langenbickau zugegangen sei. Die Bezeichnung als „Jenfor des „Vorwärts“ lehne ich dankend ab. Ich habe in Vertretung eines Kollegen am Montagabend die Zurückstellung eines Verammlungsberichtes verlangt, den die Redaktion des Zentralorgans der Partei nach meiner Auffassung von Parteipflichten überhaupt nicht hätte in Satz geben dürfen. Es handelte sich um folgendes: Für den bisherigen Vertreter des Wahlkreises Reichenbach-Neurode, den verstorbenen Genossen August Kühn, wird demnächst eine Ersatzwahl stattfinden. Als Kandidat war Genosse Hermann Müller-Berlin in einer Konferenz der Ortsvorsitzenden und des Kreisverbandes einstimmig vorgeschlagen worden. Die definitive Auf-

stellung der Kandidatur sollte am Sonntag in einer Parteiverammlung für den Wahlkreis stattfinden. In dieser Verammlung, durch die die Wahlkampagne offiziell eröffnet wurde, war der Abg. Voghter erschienen, um über die „materiellen Differenzen zwischen Fraktionsmehrheit und -minderheit“ zu berichten. Der von mir „inhihierte“, offenkundig überaus tendenziöse Bericht über die Verammlung stammte nicht von einem Mitgliede der Organisation des Wahlkreises. Ich war der Meinung, daß mir zurzeit Streitigkeiten in der Partei genug haben, so daß es kein Unglück sei, wenn ein Bericht, der mit absoluter Sicherheit neuen Zwist und umfangreiche Verticigungen provozieren mußte, zurückgestellt würde, bis gleichzeitig ein objektiver Bericht veröffentlicht werden könne. Wenn ich erwähne, daß bereits am Sonnabend vor dem Stattfinden der Verammlung im Wahlkreis Reichenbach-Neurode ein anonymes Flugblatt verbreitet worden ist, durch das Genosse Adolf Hoffmann-Berlin als Reichstagskandidat empfohlen wurde, und daß außer zwei einheimischen Winderheitsrednern auch noch eine Berliner Genossin in der Verammlung sehr ausführlich für die Winderheit zu wirken suchte, werden die Parteigenossen einsehen, daß wir alle Ursache haben, auf der Hut zu sein, wenn der Wahlkampf nicht von vornherein vergiftet und der Partei damit großer Schaden zugefügt werden soll.“

Inwiefern unser Bericht tendenziös war, mögen die Leser aus der nachfolgenden Zuschrift ersehen, die den Verlauf der Verammlung so schildert, wie wir darüber berichten wollten.

Genosse Voghter schreibt uns: „Es ist nicht richtig, daß mir von dem überwachenden Genossen das Wort entzogen wurde, sondern der Beamte wandte sich mit diesem Ansinnen an den Verammlungsleiter, Reichstagsabgeordneten Genossen Feldmann, als ich eben das Verhalten der Partei gegenüber den Militärvorlagen vor dem Kriege schilderte. Genosse Feldmann kam dem beherrschenden Wunsche ohne den geringsten Widerspruch sofort nach, trotzdem ihm aus der Geschäftsordnungsdebatte bekannt war, daß ich im Auftrage einer beträchtlichen Zahl von Genossen des Kreises sprach, und daß dieser Auftrag dem Wunsche der Verammlungsmehrheit entsprach.“

Der Bericht bezeichnet ferner den „Antrag, eine neue Verammlung mit einem Referenten der Winderheit einzuberufen und dann erst den Kandidaten aufzustellen“ als durch die Abstimmung über die Person des Kandidaten erledigt.

Demgegenüber ist zu bemerken, daß der Antrag auf Einberufung einer neuen Verammlung rechtzeitig in der Debatte schriftlich gestellt, aber vom Vorsitzenden vergessen wurde. Anstatt über diesen zunächst Antrag abstimmen zu lassen, ging man sofort zur Kandidatenaufstellung über, die das bekannte Resultat brachte. Nach dieser Abstimmung war allerdings der Antrag gegenstandslos geworden.

Es ist erklärlich, daß diese Vorgänge auf die Verammlung nicht gerade begeistert wirkten. Das Bild der Verammlung zeigte das deutlich genug.“

Karl Teszarszky.

Einer der eifrigsten Vorläufer der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Ungarn, Genosse Karl Teszarszky, ist am 19. d. M. durch den Tod seinem Wirkungskreis entrissen worden. 1855 geboren, trat er bereits 1867 als Lehrling in eine Eisengießerei ein. 1878 ging er auf die Wanderschaft, über Wien, Bismarck und Graz nach Bayern, Sachsen und Württemberg, wo er in die Gewerkschaft der Vorläufer der in Entwicklung begriffenen deutschen Arbeiterbewegung kam. In die Heimat zurückgekehrt, begann er sich in der gewerkschaftlichen und dann auch in der politischen Bewegung der ungarischen Arbeiterschaft energisch zu betätigen. Im Jahre 1893 wurde er von dem Verein der Eisenarbeiter zum Vorsitzenden gewählt und 1897 mit der Leitung des „Eisen- und Metallarbeiters“ betraut, in dem er bis zu seinem Tode als Redakteur tätig war.

Genosse Teszarszky hat auch bei der Gründung der Zentralstelle der ungarischen Gewerkschaften, des Gewerkschaftsrates, mitgewirkt und wurde zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Ebenso war er, mit geringer Unterbrechung, seit Jahren Mitglied der ungarischen Parteileitung.

KREDIT
auch während des Krieges gewährt Ihnen nach wie vor

B. FEDER

Norden: Brunnenstrasse 1
Osten: Frankfurter Allee 350
Süden: Kottbusser Damm 103
Westen: Charlottenburg, Saharrenstr. 5, Ecke Wilmersdorfer Strasse

Unter günstigsten Zahlungsbedingungen offeriere in grosser Auswahl

Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe

Covercoat-Kostüme und Paletots

Damenhüte u. Wäsche

Sofort 3 Mark
erhält derjenige von seinem Konto abgeschrieben, der sich nach geschobenem Einkauf auf dieses Inserat bezieht.

Wichtig für Herren!
Während des Krieges gibt Erste Herrenkleiderfabrik

Anzüge, Paletots, Ulster fertig und nach Maß im Einzelverkauf vom großen Fabriklager ab.

Verkaufszeit: 10-6. Sonnabends 10-8 Uhr. Holtenmarkt 75 IV. Fahrstuhl.

Sozialdemokratischer Wahlverein
L. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreise.
2. Abteilung, Bezirk 502.
Am Montag, den 22. Mai, verstarb unser Genosse, der Vater
Oskar Kleinert
Rheinberger Str. 33.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Nikolaus-Hospitals in Nieder-Schönhausen, Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
226/16 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Niederharnim.
Bezirk Reinickendorf-Ost.
Am 20. Mai verstarb an einem Ungefallen unser Genosse, der Dreher
Paul Geisler
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat gestern bereits stattgefunden.
214/4 Der Vorstand.

Verband d. Buch- u. Steindruckereimitarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 21. Mai verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied
Wilhelm Michaels
im Alter von 84 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 24. Mai, nachmittags 4 Uhr, auf dem Bestäuber-Gemeinde-Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.
27/10 Die Ortsverwaltung.

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verwandten Berufe
(Deutscher Senefelder-Bund).
Unsere Mitglieder geben mit hierüber bekannt, daß der Kollege,
Gustav Kaatz
am 23. Mai nach längerer Krankheit, durch einen Schlaganfall verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Angerer-Friedhofes in der Seefraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
108/13 Die Verwaltung.

Allgemeine Orts-Krankenkasse der Stadt Berlin.
Als Opfer des Weltkrieges fiel am 9. Mai d. J. unser lieber Kollege
Wilhelm Wist
im Alter von 43 Jahren.
Seine kollegiales Wesen und sein Eintreten für die Interessen der Kollegen sichern ihm bei uns ein dauerndes Andenken!
Die Angehörigen der Allgem. Orts-Krankenkasse Berlin.

Danksagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Vaters, des Bahnhofs
Gustav Lauber
sagen wir allen Verwandten, Bekannten, sowie dem Vorstand der freien Galt- und Schenkwirtschaft, insbesondere Herrn Walter Manasse für die frohlichen Worte am Begräbnis unseres Vaters unseren herzlichsten Dank.
12001
Frau A. Badekow u. Bruder.

Gewerkschaftskartell Spanien.
Als Opfer des Weltkrieges fiel am 11. Mai 1916 unser langjähriges Mitglied, der Genosse
Wilhelm Frommann.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
284/5 Der Ausschuss.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und Mutter
Emma Lorke
sage ich hiermit allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.
132N
Der trauernde Gatte
Paul Lorke und Kind.

Arbeiter Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuss,
Friedrichstr. 125 (Oranienbr. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden - Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 10-1 und 5-8.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk O II.
Am 21. Mai starb unser Mitglied, der Maurer
Josef Maslack.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Nikolaus-Hospitals in Nieder-Schönhausen, Nordend, aus statt.
141/18 Die örtliche Verwaltung.

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
L. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)
H. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlungen sofort.
Amt Zentrum 7990.
Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

Nachruf.
Zum Sterbefall meines innig geliebten Vaters und treuen Helden Vater meines einzigen Kindes, Schwiegereltern und Schwagers, des Lambours
Hermann Liebenau
gestorben am 25. Mai 1916 im 78. Lebensjahre.
Wir können es immer noch nicht fassen, daß Du nun so ganz verlassen, und gingst in eine bessere Welt. Geschlossen bleibt nun Dein Mund auf ewig, verweilt nicht mehr bei Deiner Leibesruhe, ob Du nach Deinem Willen und Kind gerufen ein über's andre mal. Doch ach, wir konnten Dich nicht retten, nicht mal gehabt haben wir's, daß Kameraden Dich schon betten in fremder Erde ein. Liebes Schmelzen herrscht an Deinem Grabe, Wehmut im verlassenen Haus, und die Liebe spricht in diesem Nachruf ihre Schmerzen aus. So gibt ein Weh, das keine Worte spindeln, und einen Schmerz, den auch die Zeit nicht heilt.
Dies in schmerzlicher Erinnerung an seiner liebsten Gattin
Marie Liebenau geb. Borardt
nebst Töchtern Herta, Schwestern, Schwägerinnen, Schwager und Schwägerinnen.

Für die Reise Billige Preise!!!

WESTMANN

Sonntags geöffnet 8 - 10 Uhr

Auswahlsachen nach auswärts gegen Anzahlung
I. Geschäft
Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)
II. Geschäft
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Westmann's RobBall
Kauf & Verkauf
Kartenspiele
Berlin, Wilhelmstr. 110/111/112/113/114/115/116/117/118/119/120/121/122/123/124/125/126/127/128/129/130/131/132/133/134/135/136/137/138/139/140/141/142/143/144/145/146/147/148/149/150/151/152/153/154/155/156/157/158/159/160/161/162/163/164/165/166/167/168/169/170/171/172/173/174/175/176/177/178/179/180/181/182/183/184/185/186/187/188/189/190/191/192/193/194/195/196/197/198/199/200/201/202/203/204/205/206/207/208/209/210/211/212/213/214/215/216/217/218/219/220/221/222/223/224/225/226/227/228/229/230/231/232/233/234/235/236/237/238/239/240/241/242/243/244/245/246/247/248/249/250/251/252/253/254/255/256/257/258/259/260/261/262/263/264/265/266/267/268/269/270/271/272/273/274/275/276/277/278/279/280/281/282/283/284/285/286/287/288/289/290/291/292/293/294/295/296/297/298/299/300/301/302/303/304/305/306/307/308/309/310/311/312/313/314/315/316/317/318/319/320/321/322/323/324/325/326/327/328/329/330/331/332/333/334/335/336/337/338/339/340/341/342/343/344/345/346/347/348/349/350/351/352/353/354/355/356/357/358/359/360/361/362/363/364/365/366/367/368/369/370/371/372/373/374/375/376/377/378/379/380/381/382/383/384/385/386/387/388/389/390/391/392/393/394/395/396/397/398/399/400/401/402/403/404/405/406/407/408/409/410/411/412/413/414/415/416/417/418/419/420/421/422/423/424/425/426/427/428/429/430/431/432/433/434/435/436/437/438/439/440/441/442/443/444/445/446/447/448/449/450/451/452/453/454/455/456/457/458/459/460/461/462/463/464/465/466/467/468/469/470/471/472/473/474/475/476/477/478/479/480/481/482/483/484/485/486/487/488/489/490/491/492/493/494/495/496/497/498/499/500/501/502/503/504/505/506/507/508/509/510/511/512/513/514/515/516/517/518/519/520/521/522/523/524/525/526/527/528/529/530/531/532/533/534/535/536/537/538/539/540/541/542/543/544/545/546/547/548/549/550/551/552/553/554/555/556/557/558/559/560/561/562/563/564/565/566/567/568/569/570/571/572/573/574/575/576/577/578/579/580/581/582/583/584/585/586/587/588/589/590/591/592/593/594/595/596/597/598/599/600/601/602/603/604/605/606/607/608/609/610/611/612/613/614/615/616/617/618/619/620/621/622/623/624/625/626/627/628/629/630/631/632/633/634/635/636/637/638/639/640/641/642/643/644/645/646/647/648/649/650/651/652/653/654/655/656/657/658/659/660/661/662/663/664/665/666/667/668/669/670/671/672/673/674/675/676/677/678/679/680/681/682/683/684/685/686/687/688/689/690/691/692/693/694/695/696/697/698/699/700/701/702/703/704/705/706/707/708/709/710/711/712/713/714/715/716/717/718/719/720/721/722/723/724/725/726/727/728/729/730/731/732/733/734/735/736/737/738/739/740/741/742/743/744/745/746/747/748/749/750/751/752/753/754/755/756/757/758/759/760/761/762/763/764/765/766/767/768/769/770/771/772/773/774/775/776/777/778/779/780/781/782/783/784/785/786/787/788/789/790/791/792/793/794/795/796/797/798/799/800/801/802/803/804/805/806/807/808/809/810/811/812/813/814/815/816/817/818/819/820/821/822/823/824/825/826/827/828/829/830/831/832/833/834/835/836/837/838/839/840/841/842/843/844/845/846/847/848/849/850/851/852/853/854/855/856/857/858/859/860/861/862/863/864/865/866/867/868/869/870/871/872/873/874/875/876/877/878/879/880/881/882/883/884/885/886/887/888/889/890/891/892/893/894/895/896/897/898/899/900/901/902/903/904/905/906/907/908/909/910/911/912/913/914/915/916/917/918/919/920/921/922/923/924/925/926/927/928/929/930/931/932/933/934/935/936/937/938/939/940/941/942/943/944/945/946/947/948/949/950/951/952/953/954/955/956/957/958/959/960/961/962/963/964/965/966/967/968/969/970/971/972/973/974/975/976/977/978/979/980/981/982/983/984/985/986/987/988/989/990/991/992/993/994/995/996/997/998/999/1000/1001/1002/1003/1004/1005/1006/1007/1008/1009/1010/1011/1012/1013/1014/1015/1016/1017/1018/1019/1020/1021/1022/1023/1024/1025/1026/1027/1028/1029/1030/1031/1032/1033/1034/1035/1036/1037/1038/1039/1040/1041/1042/1043/1044/1045/1046/1047/1048/1049/1050/1051/1052/1053/1054/1055/1056/1057/1058/1059/1060/1061/1062/1063/1064/1065/1066/1067/1068/1069/1070/1071/1072/1073/1074/1075/1076/1077/1078/1079/1080/1081/1082/1083/1084/1085/1086/1087/1088/1089/1090/1091/1092/1093/1094/1095/1096/1097/1098/1099/1100/1101/1102/1103/1104/1105/1106/1107/1108/1109/1110/1111/1112/1113/1114/1115/1116/1117/1118/1119/1120/1121/1122/1123/1124/1125/1126/1127/1128/1129/1130/1131/1132/1133/1134/1135/1136/1137/1138/1139/1140/1141/1142/1143/1144/1145/1146/1147/1148/1149/1150/1151/1152/1153/1154/1155/1156/1157/1158/1159/1160/1161/1162/1163/1164/1165/1166/1167/1168/1169/1170/1171/1172/1173/1174/1175/1176/1177/1178/1179/1180/1181/1182/1183/1184/1185/1186/1187/1188/1189/1190/1191/1192/1193/1194/1195/1196/1197/1198/1199/1200/1201/1202/1203/1204/1205/1206/1207/1208/1209/1210/1211/1212/1213/1214/1215/1216/1217/1218/1219/1220/1221/1222/1223/1224/1225/1226/1227/1228/1229/1230/1231/1232/1233/1234/1235/1236/1237/1238/1239/1240/1241/1242/1243/1244/1245/1246/1247/1248/1249/1250/1251/1252/1253/1254/1255/1256/1257/1258/1259/1260/1261/1262/1263/1264/1265/1266/1267/1268/1269/1270/1271/1272/1273/1274/1275/1276/1277/1278/1279/1280/1281/1282/1283/1284/1285/1286/1287/1288/1289/1290/1291/1292/1293/1294/1295/1296/1297/1298/1299/1300/1301/1302/1303/1304/1305/1306/1307/1308/1309/1310/1311/1312/1313/1314/1315/1316/1317/1318/1319/1320/1321/1322/1323/1324/1325/1326/1327/1328/1329/1330/1331/1332/1333/1334/1335/1336/1337/1338/1339/1340/1341/1342/1343/1344/1345/1346/1347/1348/1349/1350/1351/1352/1353/1354/1355/1356/1357/1358/1359/1360/1361/1362/1363/1364/1365/1366/1367/1368/1369/1370/1371/1372/1373/1374/1375/1376/1377/1378/1379/1380/1381/1382/1383/1384/1385/1386/1387/1388/1389/1390/1391/1392/1393/1394/1395/1396/1397/1398/1399/1400/1401/1402/1403/1404/1405/1406/1407/1408/1409/1410/1411/1412/1413/1414/1415/1416/1417/1418/1419/1420/1421/1422/1423/1424/1425/1426/1427/1428/1429/1430/1431/1432/1433/1434/1435/1436/1437/1438/1439/1440/1441/1442/1443/1444/1445/1446/1447/1448/1449/1450/1451/1452/1453/1454/1455/1456/1457/1458/1459/1460/1461/1462/1463/1464/1465/1466/1467/1468/1469/1470/1471/1472/1473/1474/1475/1476/1477/1478/1479/1480/1481/1482/1483/1484/1485/1486/1487/1488/1489/1490/1491/1492/1493/1494/1495/1496/1497/1498/1499/1500/1501/1502/1503/1504/1505/1506/1507/1508/1509/1510/1511/1512/1513/1514/1515/1516/1517/1518/1519/1520/1521/1522/1523/1524/1525/1526/1527/1528/1529/1530/1531/1532/1533/1534/1535/1536/1537/1538/1539/1540/1541/1542/1543/1544/1545/1546/1547/1548/1549/1550/1551/1552/1553/1554/1555/1556/1557/1558/1559/1560/1561/1562/1563/1564/1565/1566/1567/1568/1569/1570/1571/1572/1573/1574/1575/1576/1577/1578/1579/1580/1581/1582/1583/1584/1585/1586/1587/1588/1589/1590/1591/1592/1593/1594/1595/1596/1597/1598/1599/1600/1601/1602/1603/1604/1605/1606/1607/1608/1609/1610/1611/1612/1613/1614/1615/1616/1617/1618/1619/1620/1621/1622/1623/1624/1625/1626/1627/1628/1629/1630/1631/1632/1633/1634/1635/1636/1637/1638/1639/1640/1641/1642/1643/1644/1645/1646/1647/1648/1649/1650/1651/1652/1653/1654/1655/1656/1657/1658/1659/1660/1661/1662/1663/1664/1665/1666/1667/1668/1669/1670/1671/1672/1673/1674/1675/1676/1677/1678/1679/1680/1681/1682/1683/1684/1685/1686/1687/1688/1689/1690/1691/1692/1693/1694/1695/1696/1697/1698/1699/1700/1701/1702/1703/1704/1705/1706/1707/1708/1709/1710/1711/1712/1713/1714/1715/1716/1717/1718/1719/1720/1721/1722/1723/1724/1725/1726/1727/1728/1729/1730/1731/1732/1733/1734/1735/1736/1737/1738/1739/1740/1741/1742/1743/1744/1745/1746/1747/1748/1749/1750/1751/1752/1753/1754/1755/1756/1757/1758/1759/1760/1761/1762/1763/1764/1765/1766/1767/1768/1769/1770/1771/1772/1773/1774/1775/1776/1777/1778/1779/1780/1781/1782/1783/1784/1785/1786/1787/1788/1789/1790/1791/1792/1793/1794/1795/1796/1797/1798/1799/1800/1801/1802/1803/1804/1805/1806/1807/1808/1809/1810/1811/1812/1813/1814/1815/1816/1817/1818/1819/1820/1821/1822/1823/1824/1825/1826/1827/1828/1829/1830/1831/1832/1833/1834/1835/1836/1837/1838/1839/1840/1841/1842/1843/1844/1845/1846/1847/1848/1849/1850/1851/1852/1853/1854/1855/1856/1857/1858/1859/1860/1861/1862/1863/1864/1865/1866/1867/1868/1869/1870/1871/1872/1873/1874/1875/1876/1877/1878/1879/1880/1881/1882/1883/1884/1885/1886/1887/1888/1889/1890/1891/1892/1893/1894/1895/1896/1897/1898/1899/1900/1901/1902/1903/1904/1905/1906/1907/1908/1909/1910/1911/1912/1913/1914/1915/1916/1917/1918/1919/1920/1921/1922/1923/1924/1925/1926/1927/1928/1929/1930/1931/1932/1933/1934/1935/1936/1937/1938/1939/1940/1941/1942/1943/1944/1945/1946/1947/1948/1949/1950/1951/1952/1953/1954/1955/1956/1957/1958/1959/1960/1961/1962/1963/1964/1965/1966/1967/1968/1969/1970/1971/1972/1973/1974/1975/1976/1977/1978/1979/1980/1981/1982/1983/1984/1985/1986/1987/1988/1989/1990/1991/1992/1993/1994/1995/1996/1997/1998/1999/2000/2001/2002/2003/2004/2005/2006/2007/2008/2009/2010/2011/2012/2013/2014/2015/2016/2017/2018/2019/2020/2021/2022/2023/2024/2025/2026/2027/2028/2029/2030/2031/2032/2033/2034/2035/2036/2037/2038/2039/2040/2041/2042/2043/2044/2045/2046/2047/2048/2049/2050/2051/2052/2053/2054/2055/2056/2057/2058/2059/2060/2061/2062/2063/2064/2065/2066/2067/2068/2069/2070/2071/2072/2073/2074/2075/2076/2077/2078/2079/2080/2081/2082/2083/2084/2085/2086/2087/2088/2089/2090/2091/2092/2093/2094/2095/2096/2097/2098/2099/2100/2101/2102/2103/2104/2105/2106/2107/2108/2109/2110/2111/2112/2113/2114/2115/2116/2117/2118/2119/2120/2121/2122/2123/2124/2125/2126/2127/2128/2129/2130/2131/2132/2133/2134/2135/2136/2137/2138/2139/2140/2141/2142/2143/2144/2145/2146/2147/2148/2149/2150/2151/2152/2153/2154/2155/2156/2157/2158/2159/2160/2161/2162/2163/2164/2165/2166/2167/2168/2169/2170/2171/2172/2173/2174/2175/2176/2177/2178/2179/2180/2181/2182/2183/2184/2185/2186/2187/2188/2189/2190/2191/2192/2193/2194/2195/2196/2197/2198/2199/2200/2201/2202/2203/2204/2205/2206/2207/2208/2209/2210/2211/2212/2213/2214/2215/2216/2217/2218/2219/2220/2221/2222/2223/2224/2225/2226/2227/2228/2229/2230/2231/2232/2233/2234/2235/2236/2237/2238/2239/2240/2241/2242/2243/2244/2245/2246/2247/2248/2249/2250/2251/2252/2253/2254/2255/2256/2257/2258/2259/2260/2261/2262/2263/2264/2265/2266/2267/2268/2269/2270/2271/2272/2273/2274/2275/2276/2277/2278/2279/2280/2281/2282/2283/2284/2285/2286/2287/2288/2289/2290/2291/2292/2293/2294/2295/2296/2297/2298/2299/2300/2301/2302/2303/2304/2305/2306/2307/2308/2309/2310/2311/2312/2313/2314/2315/2316/2317

Aus Groß-Berlin.

Aus der Säuglingsfürsorge.

Die Berliner Säuglingsfürsorgestellen hatten in dem Jahr vom 1. April 1914 bis 31. März 1915, aus dem erst jetzt der Jahresbericht vorliegt, eine außerordentliche Mehrung ihrer Schützlinge. Zwei Umstände haben dabei mitgewirkt: Die mit April 1914 eingetretene Erweiterung des Aufgabentranges der Säuglingsfürsorgestellen durch Beaufsichtigung auch der vom Waisenhaus der Stadt in Pflege gegebenen Kinder bis zum 6. Lebensjahr — und dann vom August 1914 ab der Einfluß des Krieges.

Ueber die besondere Steigerung der Besuchsziffer der Säuglingsfürsorgestellen durch den Krieg sagt der Bericht: „Mütter, deren Männer einberufen waren und die zunächst längere Zeit ohne die staatliche und städtische Unterstützung blieben, da die mit der Zahlung betrauten Organe sich erst einarbeiten mußten, gerieten vielfach in Notlagen und wandten sich an uns mit der Bitte um Hilfe für ihre Kinder. Dank dem uns von der Verwaltung gewährten freien Spielraum konnten wir ihnen vielfach mit höheren Stillbeihilfen und Gewährung von Milch gute Dienste leisten. Als dann die gesetzlichen Unterstützungen regelmäßig gezahlt wurden, besserte sich die Lage der Kriegerfrauen in dem Maße, daß wir über unsere gewohnte Unterstützung nicht hinausgehen brauchten“. Und weiter lesen wir da: „Es setzte dann bald eine schwere Arbeitslosigkeit ein, die wieder zu stärkerer Inanspruchnahme der Säuglingsfürsorgestellen führte und oft zu höheren Unterstützungen Anlaß gab.“ Auch ostpreussische Flüchtlingsfrauen, die mit ihren Kindern die Säuglingsfürsorgestellen aufsuchten, erhielten Hilfe. Einen starken Zustrom von Besuchern brachte später die Reichswochenhilfe, die zum ersten Male Stillbeihilfen aus Reichsmitteln gewährte. Man fürchtete, daß stillende Frauen nun den Fürsorgestellen fernbleiben würden, wenn nicht auch diese ihre Stillbeihilfen weiterzahlten. Das hätte zur Folge gehabt, daß in solchen Fällen die wichtige gesundheitsliche Beaufsichtigung der Säuglinge, die von den Fürsorgestellen ausgeübt und eigentlich als Hauptfache angesehen wird, aufgehört hätte. Verhütet wurde das dadurch, daß die Krankenkassen bei der ihnen übertragenen Auszahlung der Reichswochenhilfe mit den Säuglingsfürsorgestellen zusammenarbeiten.

Neu aufgenommen wurden im letzten Jahre 24 167 Kinder, gegenüber 18 591 neu aufgenommenen des vorletzten Jahres. Beteiligt waren an den Aufnahmen des vorletzten und des letzten Jahres die ehelichen Kinder mit 11 444 und 16 418, die unehelichen mit 7 147 und 7 749. Die starke Mehrung der ehelichen Kinder läßt den Einfluß des Krieges erkennen, nach dessen Ausbruch viele Kriegerfrauen mit ihren Kindern die Säuglingsfürsorgestellen aufsuchten. (Auch das spricht dabei gewiß mit, daß infolge der Kriegstragungen so manches vorehelich gezeugte Kind bei der Geburt nicht als unehelich, sondern als ehelich in das Standesamtsregister gelangte.) Unter den Müttern der Kinder des letzten Jahres waren 2474, denen die Reichswochenhilfe zuteil wurde. Verringert hat sich leider der Anteil der noch im ersten Lebensmonat in die Fürsorgestellen gebrachten Säuglinge, gestiegen ist aber der Anteil der Brustkinder, was im Hinblick auf die Gewährung von Stillprämien aus Reichsmitteln nicht überraschen kann. Im letzten Jahr waren von den neu aufgenommenen Kindern des ersten Lebensjahres knapp 56 Proz. noch nicht einen Monat alt, gegenüber 60 Proz. im vorletzten Jahr. Unter den neu aufgenommenen Kindern des ersten Lebensjahres waren im letzten Jahr über 65 Proz. Brustkinder, während im vorletzten Jahr die Brustkinder 63 Proz. ausmachten. Die Anteilsteigerung ist nicht so bedeutend, wie man es hätte erwarten sollen. Im übrigen hatten schon vor zwei Jahren die Brustkinder 65 Proz., worauf dann ein Rückgang folgte. Alle neu aufgenommenen Kinder und die aus dem Vorjahr übernommenen ergaben zusammen für das vorletzte Jahr 23 831, für das letzte Jahr 30 304 beobachtete Kinder.

Die Leistungen der Säuglingsfürsorgestellen haben sich nicht in demselben Maße gesteigert. Nur wenig mehrten sich die Stillbeihilfen: gegeben wurden im vorletzten Jahr 182 921 M. an 9713 Mütter, im letzten Jahr 197 586 M. an 11 767 Mütter. Der Durchschnitt pro Mutter ging sogar zurück, von 18,83 M. auf 16,79 M. Das sind die Gesamtbeträge der gewährten Stillbeihilfen, nicht etwa Beträge pro Woche. Auch die sonstigen Unterstützungen zeigen in ihren Gesamtbeträgen im letzten Jahr nicht das Bild, das man nach den oben aus dem Veranschlagungen der Fürsorgestellen erwartet. Im vorletzten und im letzten Jahr wurden 4214 und 5300 Kinder mit Nahrung versorgt, wobei 256 075 und 310 227 Liter Kindermilch, 12 688 und 10 986 Liter Buttermilch, 15 377 und 10 483 Liter Erweihmilch, 5179 und 23 034 Liter einfache Vollmilch verbraucht wurden. Für Stillbeihilfen und Kinderernährung zusammen wurden im letzten Jahr 333 744 M. aufgewendet, gegenüber 294 754 M. im vorletzten Jahr. Die durchschnittliche Aufwendung pro beobachtetes Kind verringerte sich vom vorletzten zum letzten Jahr von 12,37 M. auf 11,01 M. Im stärkeren Maße als die Zahl der beobachteten Kinder haben nur die Konsultationen der Ärzte und die Hausbesuche der Helferinnen zugenommen. Diesmal wurden 240 519 Konsultationen und 146 292 Besuche gemacht, gegenüber 188 734 Konsultationen und 104 483 Besuchen des Vorjahres.

Die besonderen Leistungen in der Beaufsichtigung der Waisenkinder, von der schon oben die Rede war, erforderten für 2956 Kinder 9784 Konsultationen der Ärzte und 16 116 Besuche der Helferinnen. Die Tätigkeit im Zusammenhang mit dem Vormundschaftsamt der Stadt — seit 1912 werden die Mündel der Stadt von den Säuglingsfürsorgestellen mitbeaufsichtigt — hat weiter zugenommen. Da die Beaufsichtigung bis zum sechsten Lebensjahr dauern soll und jedes Jahr frischen Nachwuchs von Mündeln bringt, so ist zunächst noch mit einer Fortdauer der Zunahme zu rechnen.

Mehr Margarine.

Den Bemühungen der Butterverorgungsstelle Groß-Berlin ist es gelungen, einen größeren Posten Margarine zugeteilt zu erhalten.

In Berlin wird die Margarine noch in dieser Woche durch den Handel verkauft werden. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des jeweils gültigen Butterkartenabschnittes, jedoch werden anstatt 90 Gramm Butter 125 Gramm Margarine gewährt. 125 Gramm kosten 80 Pf. Die Abgabe erfolgt im Stadtbezirk Berlin in denjenigen Filialen von Gebr. Grob, Ahmann, Landau, Gebr. Manns, Gustav Dänker, Franz Steingötter, Vereinigte Pommerische Meiereien, Buttergroßhandlung Nordstern (Gulowstr.), die in den vollreicheren Gegenden liegen. Die betreffenden Geschäfte sind durch Plakate in den Schaufenstern kenntlich gemacht. Die Butterverorgungsstelle Groß-Berlin ist bemüht, weitere Mengen von Margarine herbeizuschaffen, um den Ansprüchen nach Zeit möglichst gerecht zu werden.

Schlack als Düngemittel.

Der auf Nieselfeldern gewonnene Klärschlamm (Schlack) bildet seit Alters her ein von der landwirtschaftlichen Umgebung von Nieselfeldern gern genommenes Düngemittel. Bei dem Bedarf an Düngemitteln, besonders solchen organischer Natur, wie er zurzeit besteht, hat sich die städtische Verwaltung entschlossen, besondere Einrichtungen zu treffen, ihn durch Bahnverladung auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Die Eisenbahnverwaltung gewährt eine Frachtermäßigung von 20 Proz. Zunächst sollen rund 100 000 Doppelzentner zur Verladung zu mäßigen Preisen (der Eisenbahnwagen je nach Größe 30—45 M.) zur Verfügung gestellt werden.

Arbeiterbildungsschule. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Hörsaal der Schule, Lindenstr. 3, 4. Hof rechts 3 Treppen, der erste für dieses Sommerhalbjahr geplanten wissenschaftlichen Einzelvorträge statt. Genosse Eduard Bernstein wird über das Thema: „England und Irland“ sprechen. Eintrittspreis 10 Pf.

Das Drosselneß im Urnenstein. Auf dem städtischen Friedhof im Friedrichsfelde, wo bekanntlich sehr viele Eingeborgenen, hat eine Drossel Baum und Strauch als Frühjahrsheim verschmägt. Sie baute einen Nester über dem Erdboden ihr Nest in einem Grabstein auf ganz glatter Marmorfläche frei neben der Urne und läßt sich im Brutgeschäft durch die Friedhofbesucher nicht stören. Das Nest liegt in der Mitte eines der schmaleren Gänge, die auf der rechten Friedhofseite zur Leichenhalle führen.

Teure Balkonblumen. Noch teurer als im vorigen Jahre um diese Zeit sind die beliebten Balkonblumen. Die Preissteigerung beträgt 75 bis 100 Proz. in den Blumenläden, weniger in den Gärtnereien und auf den Wochenmärkten der Vororte. Junge Pflanzen zur Aufzucht, beispielsweise Petunien, sind überhaupt kaum zu haben. Laufende von Balkons werden also wieder ohne Schmuck bleiben, wenn man sich nicht mit Sämereien, die aber auch im Preise gestiegen sind, begnügen will.

Vom Spiel in den Tod.

Beim Spielen fiel der Knabe Max Schaumstessel am Rottbuscher Ufer vor dem Hause Nr. 9 in den Landwehrkanal. Obgleich vom Publikum und der Feuerwehr sofort Rettungsversuche angestellt wurden, der Knabe auch bald aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden konnte, waren Wiederbelebungsversuche vergeblich.

Ein tödlicher Straßenunfall hat sich gestern in Ruhleben bei Spandau ereignet. Die dreijährige Tochter eines Polizeibeamten des Amtsbezirks Ruhleben war kurz vor einem nach dem Spandauer Wald verkehrenden Straßenbahnwagen, der unmittelbar vor dem Eingang zum Gutshof vorüberfährt, auf die Schienen gelaufen, und da die Führerin nicht mehr rechtzeitig zu bremsen vermochte, umgerissen worden. Die Kleine geriet unter den Wagen, wurde überfahren und auf der Stelle getötet.

Ein großer Waldbrand zog gestern nachmittag in der Gegend zwischen Niemenitz und Herch die Aufmerksamkeit der Ausflügler auf sich. Dichte Rauchwolken wälzten sich über die Höhenrücken der Hercher Berge und es schien die ganze Forst in Gefahr zu sein. Alle entbehrlichen männlichen Hilfskräfte begaben sich auf den telephonischen Anruf an die Brandstelle. Mehr Minuten vom Bahnhof Niemenitz entfernt, westlich der Bahnstrecke wurden vom Feuer die in einem Tallesse liegenden Schönungen ergriffen und die Flammen leckten die Vergründen hinauf, bis schließlich die ganze Mulde mit den angrenzenden Höhen eine Feuerstelle bildeten. Forstbeamte aus den umliegenden Nebieren, die Feuerwehrleute aus Coputh und männliche Hilfskräfte aus Herch, Niemenitz, Plottstelle und Michendorf zogen Feuergräben um das gefährdete Gebiet, das sich auf viele Morgen erstreckte. Die älteren Wäldbestände wurden weniger beschädigt, dagegen die jungen Anpflanzungen versengt und verkohlt; die Grasnarbe und die Moosbede sind bis auf die Erdschicht verbrannt und das kleine Strauchwerk vollkommen vernichtet. Der abends einsetzende Regen beseitigte endlich jede Ausbreitungsgefahr.

Reiche Beute machte ein Fuhrwerksdieb gestern in der Bernburger Straße. Ein Kutscher des Fuhrherrn L. Hobel aus der Deummenstr. 48 hatte für den Kaufmann Kluge dort Eier, Käse und andere Nahrungsmittel aller Art anszufahren. Während sein schwarzgestreifter offener Geschäftswagen einen Augenblick vor dem Hause Bernburger Str. 1 unbeaufsichtigt hielt, schlang sich ein Dieb hinaus und fuhr davon. Der Wagen enthielt noch für 5000 M. Waren, u. a. 300 Schod Eier. Er war bespannt mit einem schwarzen Wallach, der lahmt und krumme Vorderbeine und eine geschorene Mähne hat.

Gesperrt. Der Fahrweg der Vertrauensbrücke wird wegen Straßenbahnarbeiten vom 15. Juni ab auf ungefähr 9 Wochen gesperrt. — Der Luisenplatz wird am 27. Mai aus Anlaß der Entkalkung des Robert-Roch-Denkmal in der Zeit von 11—1 Uhr für den Durchgangsverkehr gesperrt. Der Wagenverkehr wird durch die Philipp-, Hannoverische und Heilige Straße geleitet. Die Straßenbahnen verkehren über die Karl-, Friedrich- und Chausseestraße.

Aus den Gemeinden.

Lebensmittelversorgung in Treptow.

Die Fleischversorgung der Bevölkerung soll demnächst auf dem Wege der „festen Rundschaft“ erfolgen. Zu diesem Zwecke sind die Brotartenmittelschlüsse der 65. Woche (15. bis 21. Mai) bis Freitag, den 26. Mai, abends 8 Uhr, bei demjenigen Fleischer abzugeben, von dem man das Fleisch zu beziehen wünscht. Wer diese Anmeldung seiner Rundschaft versäumt, kann in der ersten Fleischartenperiode nicht berücksichtigt werden, da die Zuteilung der vorhandenen Fleischmengen an die Fleischer nach der Zahl der von diesen an die Gemeinde abgelieferten Brotartenmittelschlüsse bzw. der anzulegenden Kundenliste erfolgt.

Der Verkauf inländischen Schweinefleisches geschieht bis zum 1. Juni noch in der bisherigen alphabetischen Reihenfolge. Das leidige Anstellen ist leider beim Fleischverkauf auch bisher nicht beseitigt worden und steht zu befürchten, daß es auch bei der kommenden Fleischartenregelung wieder heute geben wird, die noch früher kommen als die anderen, trotzdem dann je ein bestimmtes

Fleischquantum jedem zugesichert wird. Die Leute befürchten nicht ganz mit Unrecht, daß die letzten wohl zwar noch Fleisch, aber in der Regel nur noch die für sie weniger geeigneten Teile erhalten können, nämlich das Allerteuerste und vom Verzehrlichen die weniger ergiebigen Kopf- und Brustteile.

Frühe Seefische werden jetzt allwöchentlich von der Gemeinde herangeschafft. Der nächste Verkauf findet Freitag, den 26. Mai, in den beiden Gemeindeparkes und in zwei weiteren Geschäften statt.

Für das Einmachen der Beerenfrüchte soll auch hier ein besonderes Quantum Zucker freigegeben werden. Die amtliche Aufforderung zur Anmeldung des Bedarfes bei den Meldeämtern ist aber so spät bekanntgegeben worden (am 23. Mai abends mit Termin bis 24. Mai mittags), daß nicht alle Interessenten dem nachkommen konnten. Man darf hier wohl erwarten, daß bei der späteren Zuteilung berechnigte Wünsche auch nachträglich berücksichtigt werden, da die zahlreichen Laubengärten ja hier einen besonderen Bedarf entstehen lassen.

Massenpeisung in Weichensee.

Nach einem Beschluß der Finanzkommission wird in aller nächster Zeit in der Charlottenburgstraße Ecke Tassloffstraße, gegenüber der neuen Post eine Mittelstandslüche errichtet, Anmeldungen werden auf dem Wohlfahrtsamt, Viktoriustr. 24, entgegengenommen. Die Küche ist von 1/12—2 Uhr und von 1/8—8 Uhr abends geöffnet. Auf dem Schloßgrundstück wird dagegen außer der schon bestehenden eine weitere Volksspeiseanstalt errichtet, die dort erhältlichen Speisen können an Ort und Stelle bezogen werden, können jedoch auch mit nach Hause genommen werden. Man rechnet hier mit einer Massenpeisung von täglich 8000 Portionen.

Soziales.

Aus der Konsumvereinsbewegung.

Die Vorstände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Großeinkaufsgesellschaft haben vor kurzem eine Eingabe an den Reichslandtag gerichtet, in der um eine bessere und einheitliche Regelung des Ernährungswezens ersucht wird. In dieser Eingabe wird unter anderem gefordert: Ausdehnung des Nationalsystems, gleichmäßige Verteilung aller Lebensmittel an alle Einwohner, Warenverteilung durch gemeinnützige Organisationen unter Ausschaltung jeder unnötigen Warenverteilung, besondere Berücksichtigung der schwer arbeitenden Bevölkerung, der Frauen, Kranken und Kinder, gleiche Regelung für Stadt und Land, keine Begünstigung der Selbstversorger, Ueberwachung der Herstellung von Erntemitteln, besondere Erleichterungen und Unterstützungen der ärmeren Bevölkerung zur Beschaffung von Lebensmitteln. — Der aus etwa 120 Personen bestehende Generalkonrat des Zentralverbandes hat sich dieser Tage ebenfalls mit der Frage beschäftigt und nach langer lebhafter Debatte sich der Eingabe angeschlossen unter Formulierung einer besonderen Erklärung. Darin heißt es, daß die Mängel in der Lebensmittelverteilung trotz scharfer Kritik bisher nicht beseitigt wurden. Der Vorstand des Zentralverbandes solle den Deutschen Reichstag ersuchen, im Sinne der Eingabe auf die Reichsregierung einzuwirken.

Zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften und dem Zentralverband der Konsumvereine ist eine „Arbeitsgemeinschaft zur Fürsorge für Kriegsteilnehmer aus den genossenschaftlichen Betrieben“ vereinbart worden, die bezweckt, den Kriegsteilnehmern nach der Rückkehr die Wiedereinstellung in den Genossenschaftsbetrieben zu ermöglichen. Zur Regelung der Sache sind von der Konsumvereins- und der Gewerkschaftszentrale Bestimmungen vereinbart worden, nach denen dabei verfahren werden soll. Alle Kriegsteilnehmer, die bei Ausbruch des Krieges in einer dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angehörenden Genossenschaft als feste Arbeiter oder Angestellte beschäftigt waren, sollen wieder angestellt werden, wenn sie sich zwei Wochen nach Entlassung aus dem Heeresdienst melden, vorausgesetzt, daß die Verhältnisse es gestatten. Anderen Personen, die schon vor dem Kriege beschäftigt waren, darf deshalb nicht gekündigt werden. Weiter sind dann Bestimmungen über die Art der Beschäftigung und die Lohnfrage getroffen. Im Krieg verlebte Arbeiter werden bei der Einstellung bevorzugt. Für vollwertige Leistung wird voller Lohn ohne Anrechnung der Militärrenten gewährt. Bei Differenzen entscheidet als letzte Instanz das vom Zentralverband und der Generalkommission eingesetzte ständige Tarifamt. Den Kriegsverlebten, die in andere Berufe übergehen und sich dafür besonders ausbilden müssen, will man dabei behilflich sein. — Nun wird sich der Genossenschaftstag mit allen diesen Fragen noch zu beschäftigen haben, der Mitte Juni in Hannover abgehalten wird.

Wer ist der Arbeitgeber?

Einen zeitraubenden Rechtsstreit mußte ein junger Zahn-techniker führen, um feststellen zu lassen, wer als sein Arbeitgeber anzusehen ist und ihm das Gehalt zu zahlen hat. Der Rechtsstreit wurde nach mehreren vorausgegangenen Terminen am Mittwoch durch die Kammer 8 des Gewerbegerichts entschieden.

Der Kläger wurde im Februar als Zahntechniker mit einem Monatsgehalt von 175 M. für das zahntechnische Geschäft Bau I Bernhardt Nachfolger engagiert. Inhaber des Geschäfts war bis dahin der Zahntechniker Wich. Dieser verkaufte das Geschäft an einen Zahntechniker Everbed, der den Kläger engagierte. Der Arbeitsvertrag war ausgestellt auf einem Vogen mit dem Kopf der Firma und unterschrieben: „Der Obige, in Vertretung Everbed.“ Hieraus folgert der Kläger, daß Everbed beim Abschluß des Arbeitsvertrages Angestellter des Geschäftsinhabers Wich war und dieser also Arbeitgeber des Klägers ist.

Der Kläger beansprucht deshalb sein rückständiges Gehalt im Betrage von 230 M. von Herrn Wich. Dieser bestreitet aber die Zahlungspflicht, weil Everbed, als er den Kläger engagierte, das Geschäft käuflich erworben hatte, also als Arbeitgeber des Klägers gelten müsse. Der Kläger behauptet dagegen, der Kaufvertrag sei am 1. März abgeschlossen. Bei seinem Engagement im Februar sei Everbed noch Angestellter des Verklagten gewesen. Das Original des Kaufvertrages, das hierüber Klarheit hätte schaffen können, legte der Verklagte nicht vor, obgleich ihm dies vom Gericht im vorigen Termin aufgegeben war. Im übrigen wurde festgestellt, daß Everbed den Kaufpreis nicht bezahlt hat und deshalb das Geschäft nach kurzer Zeit — jedoch nach dem Austritt des Klägers — wieder vom Verklagten Wich übernommen wurde. Der Kläger hat sich vergebens bemüht, den Aufenthalt Everbeds ausfindig zu machen. Steht, wenn er mit Hilfe der Polizei die derzeitige Wohnung Everbeds ermittelt hätte, war dieser schon wieder ausgezogen und hatte nach Angabe der Vermieterinnen Schulden hinterlassen.

Das Gericht verurteilte den Verklagten Wich, die Forderung des Klägers zu bezahlen, weil dieser annehmen mußte, daß ihn Everbed im Namen des Verklagten engagiert hatte und der Verklagte nicht nachweisen konnte, daß ihm zur Zeit, wo der Kläger engagiert wurde, das Geschäft nicht gehörte.

Die „freigebigen“ ostpreussischen Landwirte.

In dieser ersten Zeit, in der die Stadt Berlin a 11-monatlich über zehn Millionen Kriegsunterstützung zahlt, überrascht die Landwirtschaftskammer für Ostpreußen die Öffentlichkeit mit der „Feststellung“, daß die ostpreussischen Gutsbesitzer in 18 Kriegsmontaten fünfzehn

Millionen Mark freiwillig für die Kriegerfamilien auf dem Lande aufgewendet hätten.

Im Organ der Landwirtschaftskammer wird ausgeführt, daß fast überall während des Krieges die Landarbeiterfrauen, selbst wenn sie keine oder nur geringfügige Arbeitsträfte stellten, freie Wohnung, Brennmaterial, Futter für eine Kuh, Kartoffelland, Brotgetreide und in vielen Fällen noch den größeren Teil des dem Manne zustehenden Deputatgetreides erhielten. Zur „Feststellung“ des Umfangs dieser freiwilligen Fürsorge hat die Landwirtschaftskammer eine Umfrage bei größeren Besitzern (also nicht bei den Kriegerfamilien!) unternommen, die eine Gesamtfläche von 21 039 Hektar mit zusammen 372 Kriegerfamilien umfaßt. Auf je 100 Hektar entfallen 1,7 Familien, von denen jede einzelne freiwillige Zuwendungen im durchschnittlichen Jahresbetrage von rund 500 M. erhält. Das ergibt auf einen Hektar berechnet 8,85 M.

Aus diesen Zahlen wird ein Rückschluß auf die ganze Provinz gemacht, obwohl allein der ostpreussische Grundbesitz von über 50 Hektar Größe eine Fläche von gegen zwei Millionen Hektar umfaßt. Der allergrößte Teil der Gutbesitzer ist also gar nicht gefragt worden, und es wird auch nicht mitgeteilt, ob die Angaben der Befragten nachgeprüft und von den Familien der Kriegsteilnehmer auch bestätigt worden sind. Bei den Besitzern von 10–200 Hektar sind nur die halben Kosten pro Hektar als freiwillige Zuwendung eingeleitet worden. Die Betriebe unter 50 Hektar sind nicht berücksichtigt worden. Auf Grund dieser Zahlen rechnet die Landwirtschaftskammer mit einer Zuwendung von mindestens 10 Millionen Mark im Jahre, macht für 1 1/2 Jahre 15 Millionen. Mit diesen freiwillig geleisteten Beiträgen und der gesetzlichen Kriegsunterstützung hätten, wie in einem Organ der Landwirtschaftskammer ausgeführt wird, die ländlichen Arbeiterfamilien fast überall gut auskommen können. Tüchtige Frauen hätten noch Spargroschen zurücklegen und Kriegsanleihe zeichnen können.

Wären die Zustände wirklich so rosig, wie sie hier dargestellt werden, so hätte wohl kaum eine Frau vom Lande die Großstadt aufgesucht. Es findet aber ein großer Abzug vom Lande statt, und gerade Kriegerfamilien verlassen das Land, weil sie hoffen, in der Stadt besser durchkommen zu können. Viele ländliche Gemeinden zahlten keine Zuschusserstützungen, eine Praxis, die der Oberpräsident selbst verurteilen mußte, der in der Landwirtschaftskammer erklärte, es sei ein weiterer Abzug vom Lande zu befürchten, wenn die Zuschusserstützung nicht gezahlt werde. Landräte in Ost- und Westpreußen haben erst kürzlich die Familien der Kriegsteilnehmer vor der Abwanderung in die Großstädte gewarnt. Das alles spricht nicht für die große Freigebigkeit der Landwirte, die jetzt die Landwirtschaftskammer herauszurechnen sucht. Der Landwirtschaftskammer müßte es doch ein leichtes sein, festzustellen, wieviel Kriegsfamilienunterstützung die ostpreussischen Lieferungsverbände zahlen. Nicht zuletzt wegen der Unterlassung hinreichender Unterstützung auf dem Lande wurde vom Reichstag jener Beschluß von allen Parteien gefaßt, der sich dann zur Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 verdichtet hat, die den größten Unterlassungssünden auf diesem Gebiet entgegentreten soll.

Gerichtszeitung.

Höchstpreisüberschreitung.

1. Eine Geldstrafe von 4000 M. für Überschreitung der Höchstpreise beantragte gestern der Staatsanwalt Wolff vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte gegen den Schlächtermeister Gustav Schaefer.

Am 24. Dezember wollte der Schneidermeister G. in dem Laden des Angeklagten für seine Frau Schweinefleisch für die Festtage

einkaufen. Im Schaefer'schen Laden befanden sich zahlreiche Kauflustige. Auf die Frage nach dem Preise des zum Verkauf gestellten Schweinefleisches erfolgte die Antwort: „1,80 M. das Pfund.“ G. erstand ein Stück von 5 1/2 Pfund, das der Schlächtermeister abhakte, und zahlte dafür 10,85 M. Der Höchstpreis für Schweinefleisch betrug damals 1,40 M., und als der Käufer auf dem Heimweg sah, daß bei Jandorf Schweinefleisch für 1,40 M. verkauft wurde, begab er sich mit einem Bekannten zu dem Schlächtermeister zurück. Sein Begleiter erhielt auf seine Frage nach dem Preise für Schweinefleisch gleichfalls die Antwort „1,80 M.“ Er erklärte darauf: „Sie überschreiten ja die Höchstpreise! Wir werden Ihnen die Polizei auf den Hals schicken“; der Angeklagte antwortete aber darauf: „Ach was, das geht mich gar nichts an; die Polizei kann mir gar nichts!“ Der Angeklagte nahm darauf das verkaufte Fleisch zurück und gab dem Käufer sein Geld wieder. Dieser begnügte sich aber nicht damit, sondern erstattete Anzeige. — Der Angeklagte behauptete, daß in seinem Schaufenster auf einem Plakat verzeichnet gewesen sei, daß der Preis für Fett 1,80 Mark und für Schweinefleisch 1,40 M. betrage. Er habe auch dem Käufer auf seine Frage mündlich dieselbe Auskunft erteilt und das Stück Fleisch, an welchem sich viel Rücken Fett befunden, abgeschlagen und zur Kasse hinübergegeben. Wenn dort 1,80 M. berechnet worden sei, würde ein Irrtum vorliegen, für den er nicht verantwortlich sei. — Staatsanwalt Wolff beantragte 4000 M., indem er betonte, daß solche Überschreitungen der festgesetzten Höchstpreise mit allem Nachdruck bestraft werden müssen, da das Interesse der Allgemeinheit hier stark in Frage stehe und das Publikum gegen ein solches unsoziales Verhalten der Verkäufer geschützt werden müsse. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 800 Mark Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängnis.

2. Das Reichsgericht bestätigte am Dienstag die Verurteilung eines Fabrikanten wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Kupfer zu 12 000 M.

Das Landgericht I in Berlin hat am 28. Februar die Fabrikanten Gebrüder Otto und Theodor Drigalski wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Kupfer zu einer Gesamtstrafe von je 12 000 M. verurteilt. Beide sind Inhaber einer Fabrik für Gas- und Wasserarmaturen. Die in ihrem Betriebe existierenden Messinghähne im Gesamtgewicht von 24 000 Kilogramm haben sie in vier verschiedenen Abchlüssen und sieben Lieferungen an die Firma Löwenberg Söhne verkauft und zwar unter Ueberschreitungen des Höchstpreises um 78–120 Proz. Auf den Quittungen wurde nur der gesetzliche Höchstpreis vermerkt, und nur diese Beträge trugen die Angeklagten in ihre Geschäftsbücher ein, während sie sich einen weiteren, oft den doppelten Betrag des Höchstpreises übersteigenden Betrag als „Gewissen Anteil“ zahlen ließen und nur in der Tageskasse als Eingänge buchten. Auf diese Weise haben sie sich 22 600 M. über die Höchstpreise hinaus zahlen lassen. Die Revision der Angeklagten wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Die Polizeistunde in Groß-Berlin gilt auch für geschlossene Gesellschaften.

Nachdem der Polizeipräsident von Berlin auf Veranlassung des Oberbefehlshabers in den Marken die Polizeistunde für Schaulokale auf 1. 12. bezw. 11 Uhr abends festgesetzt hatte, entstanden plötzlich eine große Anzahl von Vereinen, um als „geschlossene Gesellschaften“ die Bestimmungen über die Polizeistunde zu mißachten. Darauf wandte sich der Polizeipräsident brieflich an den Oberbefehlshaber in den Marken, legte ihm die Mißstände dar und erklärte es für wünschenswert, daß auch die geschlossenen Gesellschaften der Polizeistunde unterstellt würden. In einem Antwortschreiben erklärte sich der Oberbefehlshaber mit den dargelegten Gründen einverstanden und überließ es dem Polizeipräsidenten, das Erforderliche in der Sache zu tun. Der Polizeipräsident benachrichtigte die Inhaber aller in Frage kommenden Lokale durch die Revierpolizei mündlich, daß von jetzt an die Polizeistunde auch für alle geschlossenen Gesellschaften gelte. Drei Gastwirte, die trotzdem die Polizeistunde überschreiten ließen, wurden angeklagt, aber frei-

gesprochen. Das Reichsgericht hob die Freisprechungen auf, weil in diesen Fällen der Polizeipräsident im Auftrage des Oberbefehlshabers gehandelt hatte, und wies die Sachen zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück.

Aus aller Welt.

Gefängnisstrafe für einen Milchhändler. Wegen Verlaufs schmutziger oder minderwertiger Milch ist der Gutsbesitzer und Milchhändler Franz Richard Wolf aus Oberlosa (Bogland) bereits zwanzigmal vorbestraft worden. Unlängst machte er sich wieder durch den Verkauf von Milch strafbar, die 48 bis 77 Prozent Wasser enthielt. Da er nur zu 150 M. Geldstrafe vom Schöffengericht verurteilt worden, legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Das Landgericht in Plauen verurteilte Wolf jetzt zu drei Wochen Gefängnis.

Ein Muttermörder. Der 16-jährige Arbeiter Johann Langer in Dortmund, der am 4. Februar seine Mutter mit einem Messer ermordete, wurde zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt.

Untergang eines norwegischen Dampfers. „Morning Post“ berichtet, daß der britische Dampfer „Selent“, der am Sonnabend mit einer Ladung Kohlen von Barry ausfuhr, in dichtem Nebel mit dem norwegischen Dampfer „Gabet“ zusammenstieß. Der „Gabet“ kenterte und sank; zwölf Köpfe von seiner Besatzung wurden vermißt.

Millionenunterschlagungen eines russischen Bürgermeisters. Der Bürgermeister Djalow von Riew hat vor einer Klassenrevision die Pflicht ergriffen. Es fehlten 11 1/2 Mill. Rubel. Djalow war mit dem verhafteten früheren russischen Kriegsminister Suchomlinow eng befreundet.

Ein französischer Dampfer gesunken. „Petit Parisien“ meldet aus Le Havre: Auf der See erfolgte ein Zusammenstoß zweier Dampfer, durch den der französische Dampfer „Jules Cheusse“ buchstäblich durchgeschnitten wurde und sofort sank. Von der Besatzung sind zwölf Mann gerettet, sechs werden vermißt.

Parteiveranstaltungen.

3. Wahlkreis. Dienstag, den 30. Mal, abends 8 1/2 Uhr. findet im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen. Steglitz. Freitag, den 26., abends 6 Uhr. Tagesordnung: Lebensmittelerhöhung der Gemeinde Steglitz. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Bruno 23. 1. u. 2. Der Sohn hätte erst Anspruch auf Krankenrente auf Grund der Invalidenversicherung, wenn er mindestens 200 Markten geltebt hat. 3. Etwa 75 Proz. 4. Ja. — M. R. 1. 1. Ja. 2. Die Kündigung kann auch, während Ihr Mann im Felde steht, durch den Hauswart erfolgen. 3. Ja. — B. 2. B. Wenn der Schwiegervater an den Folgen eines Unfalls verstorben ist, so müßte doch die Schwiegermutter Antrag auf Gewährung der Hinterbliebenenrente bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft stellen. Wieviel sie aber als Armenunterstützung bezüehlen kann, kommt im wesentlichen auf den Beschluß der dortigen Armenverwaltung an. — R. 2. Wenn Sie Ihr Einverständnis mit dem Ausleihen erklärt haben, so haben Sie keinen Anspruch. Sie können nur auf die vereinbarte Kündigungsfrist bestehen, wenn Sie extra erklären, daß Sie zum Ausleihen nicht bereit sind. — G. 50. Die Kapitalabfindung ist noch nicht Geleht, deshalb können wir eine nähere Angabe darüber noch nicht machen. — G. 5. Fürstentum. Sie sind dazu verpflichtet. — M. 26. 20. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. Die Firma würde gegen Sie mit Erfolg klagen können. — C. R. 2. 99. 1. Nein. 2. Ja

Eine neue Form

die dank ihrer gefälligen Wirkung rasch Anklang bei unserer Kundschaft gefunden hat. Ihr Wesen besteht vornehmlich in einem ringsherum weit glockigen Fall, der durch zwei Riegel gemindert wird. Hierdurch bekommt der Mantel gleichzeitig ein überaus flottes jugendliches Aussehen, das durch den neuartigen den hochstehenden Kragen schön zusammenhaltenden Halschluß vermehrt wird.



In nebenstehender Ausführung, aus guter Ware, in verschiedenen Stoffarten: 22.50

Die gleiche Form, jedoch in etwas veränderter Ausführung. In leichter Sommerware mit hübschen Knöpfen und Stepperei, wie mit großen aufgesetzten bequemen Taschen 29.75



Rönigstr. 33 * Chausseest. 113
am Bahnhof Alexanderplatz beim Steilner Bahnhof

Sonntags geschlossen